

GRÜNE REIHE NR. 3
Perspektiven ökologisch-sozialer Politik

Georg Otto

**Warum der Marxismus
scheitern mußte**

Widersprüche zwischen

- ▶ Marx' Mehrwerttheorie
– als Grundlage der realsozialistischen Versuche –
- ▶ und Marx' Geldtheorie
– als Basis eines Sozialismus in Freiheit?

Eine Schriftenreihe aus liberal-sozialer Sicht

1. Auflage: Herbst 1991

digitalisiert und leicht überarbeitet von Kornelia Halach im Sommer 2007

Herausgeber sind:

LIBERALSOZIALISTEN in den GRÜNEN und
**liberalsoziale BÜRGER – RECHTSAKTION ARBEIT, GESUNDHEIT, UMWELT,
FRIEDEN**

Kontakt:

Bürgerinitiative A3W – ALTERNATIVE DRITTER WEG
Liberalsoziales Büro (LSB)

Gänseberg 11

31079 Eberholzen

Tel.: 05065/8132

Mail: alternative-dritter-weg@t-online.de

Warum der Marxismus scheitern mußte

Widersprüche zwischen
Marx' Mehrwerttheorie
– als Grundlage der realsozialistischen Versuche –
und Marx' Geldtheorie
– als Basis eines Sozialismus in Freiheit?

Silvio Gesell im Vorwort der 1922 erschienenen Schrift "Die Ausbeutung, ihre Ursachen und ihre Bekämpfung" über die Zweifel marxistisch/sozialdemokratischer Führer an der Richtigkeit der Lehren von Karl Marx über das Kapital:

"Auch sie haben noch eine letzte Hoffnung, nämlich die, daß sich in die Marxsche Lehre vom Kapital an einer entscheidenden Stelle ein Fehler eingeschlichen haben mag. Und diese Hoffnung gründet auf den zahllosen Widersprüchen, die zwischen Marx "Kapital" Band III und Marx Band I bestehen.

Sie hoffen also mit dem Proletariat, daß der erfahrene Marx, Marx III, den jüngeren Marx I, erschlagen wird. Daß Marx III, der selbständige Forscher, Marx I, den Schüler der Vulgärökonomie, erledigen, daß Marx, der Wissenschaftler, Marx, dem Politiker, dem Verfasser des Kommunistischen Manifestes, den Knockout geben wird.

Dann wird Marx III der Forschung und dem Befreiungskampf des Proletariats neue Bahnen brechen.

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	Seite	1
Die Mehrwerttheorie – eine wissenschaftliche Rechtfertigung für eine politische Behauptung	Seite	5
Erklärung der Ausbeutung durch die Mehrwert- theorie	Seite	5
Aus dem Zusammenbruch der Staatswirtschaft zurück in den Kapitalismus?	Seite	7
Die Voraussetzung der Mehrwerttheorie: Der Austausch von Äquivalenten in der Zirku- lation	Seite	11
Die Aneignung des Mehrwerts im Produktions- prozeß	Seite	12
Von der Unterbrechung des Warenaustausches W-G-W zur Schatzbildung als ursprüngliche Kapitalakkumulation	Seite	15
Marx geldpolitische Einsichten reichen für eine monetäre Erklärung der Ausbeutung und damit des Kapitalismus aus	Seite	16
Ist Geld eine Ware?	Seite	18
Die vierfache Überlegenheit des Geldes gegen- über der Ware – zur Kritik der Äquivalenztheorie	Seite	21
Friedrich Engels Bestätigung der neuen Geld- und Kapitaltheorie von Marx	Seite	28
Lenins geldlose Wirtschaft und Wiederbegrün- dung des Kapitalismus durch die NEP – Neue Ökonomische Politik	Seite	29
Zurück in den Kapitalismus	Seite	32
Wohin rollt der Rubel?	Seite	36
Dritter Weg für die DDR	Seite	43
Zur Person des Verfassers	Seite	51

Vorwort

Diese Schrift beruht auf einem Vortrag des Verfassers bei der Herbsttagung der INWO (Internationale Vereinigung für Natürliche Wirtschaftsordnung) am 1.9.1990.

Die Tagung stand noch unter dem Motto "Aufbruch im Osten". So wurde sie Anfang 1990 geplant. Als sie stattfand, war längst klar: Es gibt keinen Aufbruch im Osten, sondern die Rückkehr in das kapitalistische System. Die Übernahme der kapitalistischen DM durch die DDR (1990) hat dies ebenso markiert wie jetzt im Sommer 1991 der Antrag der Sowjet-Union auf Aufnahme in den Internationalen Währungsfond (IWF). Perestroika als ein Versuch aus dem festgefahrenen Staatssozialismus/Staatskapitalismus zu einer eigenen Neuordnung zu gelangen, muß wohl als gescheitert betrachtet werden. Nichts Neues wächst aus den Ruinen, die 70 Jahre Staatswirtschaft geschaffen haben. Die Welt wächst wieder zusammen zu dem *einen* Kapitalismus.

Dieser allerdings kann nur denen als strahlendes, überlegenes System erscheinen, die durch 70, bzw. in Mittel- und Osteuropa durch 40 Jahre Mangelwirtschaft der Staatswirtschaften gegangen sind.

Doch nach nur einem Jahr Anschluß der ehemaligen DDR-Wirtschaft an die Wirtschaft der Alt-BRD wird manchen der von der sogenannten Marktwirtschaft Beglückten, die noch zum Jahreswechsel 1989/90 nichts sehnlicher wünschten als die schnelle Einführung der DM, klar, daß der Kapitalismus nicht mehr in seiner Jugendkraft steht. Er wird von zahlreichen Alterskrisen geschüttelt, kann seine eigenen Probleme kaum noch lösen und stützt seinen Scheinwohlstand auf eine unmenschliche Ausbeutung der Menschen der Südhalbkugel der Erde mit 20 Millionen verhungerten Kindern jedes Jahr und auf eine in Kürze (3, 5, 10 Generationen?) irreparable Zerstörung der Biosphäre des Planeten Erde.

Perestroika hat nicht, wie viele gehofft haben, zu einer Umgestaltung des totalitären Staatssozialismus zu einem demo-

kratischen und humanen Sozialismus geführt. Zwar hatten die Baumeister der Perestroika in den ersten Jahren ihres Versuchs durchaus die Bedeutung der Geldfrage für das Gelingen des Vorhabens erkannt. Sie haben aber nichts getan, um die ihrer Kontrolle entgleitenden und sich verselbständigenden Geldprozesse zu bändigen. Was Anfang 1991 als Währungsreform praktiziert wurde, war einfach stümperhaft und hat die Geldmafia in keiner Weise getroffen. Die hatte vorher Wind bekommen.

Wir veröffentlichen, was Helmut Creutz und der Verfasser bereits Anfang 1990 im Flugblatt "Wohin rollt der Rubel?" zu den Erfordernissen einer noch ausstehenden echten sozialistischen Geldordnung zu sagen hatten, im Anhang.

Angesichts des Zusammenbruchs fast aller sozialistischen Realitäten (nur Kuba steht noch ungebrochen (?) zum Marxismus/Leninismus) ist das Erscheinen dieser Schrift umso wichtiger. Sie zeigt Suchenden theoretische Ursachen für das Scheitern des marxistischen Sozialismus und deutet Wege zu einem Sozialismus im Freiheit an. Ausführlicher geschieht letzteres im weiteren Texten.

Die Schrift soll nunmehr zum Kongreß der INWO "Gerechtes Geld - gerechte Welt" am 20.-22.9.91 in Konstanz und zur ebenfalls zu diesem Termin stattfindenden ersten gemeinsamen Tagung aller im BÜNDNIS 90 zusammenarbeitenden Bürgerbewegungen der ehemaligen DDR vorliegen.

Möge sie in Ost und West heftige Debatten auslösen und all die Menschern um einen neuem Weg sammeln, die immer noch oder trotzdem von Freiheit und Gerechtigkeit, von Sozialismus, Ökologie und Frieden träumen. Die Schrift soll helfen, daß sich aus Träumen und Hoffnungen klare Wege zu den genannten Zielen und Grundwerten einer besseren Gesellschaft entwickeln.

Dies ist umso notwendiger, da die Anhänger der sozialen Bewegungen, der Frauenbewegung, des Ökologie- und Friedenslagers mit dem weltweiten Sieg des Kapitalismus über den marxistischen Sozialismus an einem Tiefpunkt stehen.

Die Schrift ist ein Aufruf zu einem radikalen Umdenken, zu einer Entrümpelung in den Köpfen, zu einer gewaltfreien, geistigen Revolution.

Nur wer dazu bereit ist, wer sich total aus den Denkgleisen befreit, in die ihn Kapitalismus bzw. der sogenannte Sozialismus sanft oder gewaltsam gezwängt haben, wird zu einer klaren Analyse des Kapitalismus durchstoßen und daraus neue Wege zu einer sozialen Ordnung entwickeln können. Alte Fehler dürfen nicht neu geträumt und nicht neu verwirklicht werden.

Damit die Diskussion schnell beginnen kann, erscheint jetzt ein theoretischer Teil. Obwohl der Gegenstand der Untersuchung teilweise sehr abstrakt ist, handelt es sich weniger um eine wissenschaftstheoretische Schrift. Das hat der vor einem Jahr tödlich verunglückte Prof. Dr. Dieter Suhr mit seinem Text "Der Kapitalismus als monetäres Syndrom" getan. Er bestätigt darin wesentliche Teile der hier vorgelegten Untersuchung, die in einigen Punkten aber über die von Dieter Suhr behandelten Fragen hinausgeht.

Hier handelt es sich um eine politische Streitschrift zur Aufhellung von Hauptwidersprüchen der marxistischen Ökonomie, auf denen der gescheiterte Versuch, Sozialismus zu gestalten, beruht, ohne daß für einen künftigen wirklich freien Sozialismus der ganz Marx über Bord gehen muß.

In einem 2. Teil sollen 1992 Arbeiten von Karl Walker, Werner Onken und Dieter Suhr zu diesem Themenbereich gewürdigt werden. Teilweise werden dazu Quellen veröffentlicht, auch aus Arbeiten Silvio Gesells.

Auch hoffe ich, daß dann erste Diskussionsstimmen vorliegen, die verarbeitet werden können.

So auch eine Kritik der hier vorgetragenen Thesen, die Gesima Vogel 1982 formulierte, die auf eine damals geführte Diskussion erfolgte.

Auch erfolgt eine Darstellung, wie der Verfasser zur Behandlung des Themas kam und darüber, wie trotz vorhandener Ansätze bei Silvio Gesell das Thema Marxismus - Liberalsozialismus lange in der liberal-sozialen Bewegung vernachlässigt, bzw. einseitig behandelt wurde.

Georg Otto

Das Vorwort wurde am 6.8.91, dem Jahrestag des Atombombenabwurfs auf die Stadt Hiroshima, abgeschlossen. Mitte September geht die Schrift in den Druck.

Der gescheiterte Putsch der Altstalinisten und die dadurch eingeleitete Auflösung der Sowjet-Union bestätigen nur Schrift und Vorwort: Wenn der Osten Europas nicht durch ökonomisches und politisches Chaos hindurchgehen will/soll, dann bedarf es mehr als einer humanitären Hilfe. Es bedarf neuer ökonomischer Grundlagen im Geld- und Bodenrecht.

Sind die Reformkräfte - das gilt für alle Länder - nicht in der Lage, die in der GRÜNEN REIHE aufgezeigten Erkenntnisse zu nutzen und durchzusetzen, so wird es von Jahr zu Jahr immer weniger Chancen geben, soziale und politische Zersetzungsprozesse zu bändigen.

Die Mehrwerttheorie - eine wissenschaftliche Rechtfertigung für eine politische Forderung

Die Mehrwerttheorie ist wissenschaftliche Basis aller politischen Programme, die den Sozialismus, also eine Gesellschaft der Freiheit und Gerechtigkeit, durch Aufhebung des Privateigentums an Produktionsmitteln und durch staatliche Planwirtschaft erreichen wollen.

Die Überzeugung, Privateigentum und Privatwirtschaft seien Ursache des Kapitalismus, seiner Krisen und der Ausbeutung, ist jedoch älter als ihre wissenschaftliche Begründung. Nahezu alle Frühsozialisten der 1. Hälfte des 19. Jahrhunderts vertraten diese Thesen. Auch der junge Karl Marx und der junge Friedrich Engels stellten diese Behauptung bereits im "Kommunistischen Manifest" von 1847 auf, in dem sie die "*Expropriation der Expropriateure*" verlangten - die Enteignung der Enteigner.

Die wissenschaftliche Begründung wurde im nächsten Jahrzehnt erarbeitet. Sie erschien in "*Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie*" (1857/58), in der "*Kritik der Politischen Ökonomie*" 1859, in der "*Theorie über den Mehrwert*" 1862/63 und in der Zusammenfassung dieser Arbeiten im Band I "*Das Kapital*" mit dem Untertitel "Kritik der politischen Ökonomie" 1867. Der Band III wurde erst nach dem Tode von Marx von Friedrich Engels herausgegeben (1894).

Die Forderung nach Aufhebung von Privateigentum und Privatwirtschaft entspringt also nicht einer unvoreingenommenen Forschung über die Wirtschaftsverhältnisse, sondern die dabei entwickelte Mehrwerttheorie ist eine Rechtfertigungstheorie für eine bereits früher proklamierte unumstößliche politische Forderung.

Erklärung der Ausbeutung durch die Mehrwerttheorie

Der Eigentümer der Produktionsmittel - der Unternehmer - kauft in der Zirkulationssphäre als Geldkapitalist die Arbeitskraft zu ihrem vollen Wert, also ohne Ausbeutung.

Der Wert der Arbeitskraft wird durch die Warenmenge bestimmt, die nötig ist, den Träger der Arbeitskraft, den Arbeiter, einen Tag arbeitsfähig zu erhalten, einschließlich der Kosten, die nötig sind, den Arbeiter nach seinem Verschleiß durch einen neuen Arbeiter zu ersetzen = Reproduktionskosten der Arbeitskraft.

Reichen dazu 6 Stunden Arbeit aus, dann könnte der Arbeiter, der nicht mehr, aber auch nicht weniger zu erhalten hat, die Arbeit einstellen, denn seine Arbeitskraft wurde ja zu ihrem vollen Wert gekauft.

Dann wäre aber der Produktionsprozeß für den Kapitalisten sinnlos, er hätte für ihn keinen Mehrwert gebracht.

Dieser wird von den Arbeitern, in - ich benutze hier das Beispiel von Marx - weiteren 6 Stunden erarbeitet. Ohne Verletzung des Wertgesetzes kann der Kapitalist den Arbeiter zu weiteren 6 Arbeitsstunden veranlassen. Mit der Erstattung des Wertes der Arbeitskraft - dargestellt in 6 Stunden Verausgabung der Arbeitskraft - hat der Kapitalist den Gebrauchswert der Arbeitskraft ganz gekauft: 1/2 Arbeitstag zur Erzeugung der Reproduktionskosten für den Arbeiter selbst (Lohn), 1/2 Tag zur Erzeugung des Mehrwertes für den Käufer der Arbeitskraft, den Kapitalisten / Unternehmer.

Was beim Kauf der Arbeitskraft entschied, "war der spezifische Gebrauchswert dieser Ware, Quelle von Wert zu sein, und zwar von mehr Wert als sie selbst hat ... Und er (der Kapitalist, d.V.) verfolgt dabei dem ewigen Gesetz des Warenaustauschs gemäß ... Der Geldbesitzer hat den Tageswert der Arbeitskraft gezahlt, ihm gehört daher ihr Gebrauch während des ganzen Tages. ... Der Umstand, daß die tägliche Erhaltung der Arbeitskraft nur einen halben Tag kostet, obgleich die Arbeitskraft einen ganzen Tag arbeiten kann, daß daher der Wert den ihr Gebrauch während eines Tages schafft, doppelt so groß ist als ihr eigenen Tageswert, ist ein besonderes Glück für den Käufer, aber durchaus kein Unrecht gegen den Verkäufer." (S. 208. Wenn nicht anders vermerkt, stammen alle Zitate aus Band I "Das Kapital").

Marx hat diese Mehrwertbildung und Aneignung in den Abschnitten "Arbeitsprozeß und Verwertungsprozeß" im Kapitel "Produktion des absoluten Mehrwerts" (S. 192-213) Bd. I "Das Kapital" beschrieben, ohne mit seiner Voraussetzung, dem wertgerechten Austausch aller Waren, zu denen er Geld und Arbeitskraft zählt, in Konflikt zu geraten. In der rauhen kapitalistischen Wirklichkeit klappt das aber nur, weil ein besonderer Glücksfall den Unternehmerkapitalisten erlaubt, die Arbeiter zur Einhaltung des Wertgesetzes zwingen zu können, denn den Kapitalisten gehören die Produktionsmittel, die sie den Arbeitern auch sperren können.

In den politischen Schriften und Programmen geht es weniger um Wert- und Mehrwertbildung, sondern um das Privateigentum als Machtgrundlage der Kapitalisten, die es ihnen erst erlaubt, die Arbeiter auf der Grundlage der Wert- und Mehrwerttheorie auszubeuten.

Wenn Ausbeutung auf dieser Grundlage stattfindet, kann sie nur überwunden werden, wenn die Produktionsmittel den Arbeitern selbst gehören und sie den Mehrwert selbst unter sich aufteilen bzw. gemeinsam darüber verfügen können. Die Arbeiterbewegung fast aller Länder glaubte, und dies wurde ihr politisches Programm, dies durch Staatseigentum und Staatswirtschaft erreichen zu können.

Aus dem Zusammenbruch der Staatswirtschaft zurück in den Kapitalismus?

Nach 70 Jahren Staatswirtschaft in der Sowjet-Union - 40 Jahre in Ost- und Mitteleuropa - zeigt sich, daß dadurch weder die Freiheits- noch die Gerechtigkeitsziele des Sozialismus erreicht wurden, noch werden die materiellen Bedürfnisse der Menschen dieser Länder auch nur annähernd so befriedigt, wie es in den kapitalistischen Ländern geschieht, wenn auch dort auf Grundlage einer gesteigerten Ausbeutung der Menschen der 3. Welt und der Naturgrundlagen des Lebens.

Heute ist diese Politik, die nur durch einen totalitären Unterdrückungsapparat solange durchgesetzt werden konnte, am Ende. Nicht mehr Perestroika - Umgestaltung der Staatswirtschaftssysteme - ist angesagt. Diese befinden sich in den Ländern des Ostblocks nicht nur in voller Auflösung sondern in einer rasanten Rückentwicklung in den alten Privatkapitalismus.

Eine Erneuerung findet daher nicht aus dem Zusammenbruch des Staatskapitalismus heraus statt. Eine Erneuerung muß im wieder belebten Kapitalismus ansetzen. Dennoch ist es gerade für die Kräfte, die sich der Kapitalisierung des Ostens widersetzen/widersetzen, wichtig, sich mit den Ursachen des Scheiterns des Staatskommunismus/Staatskapitalismus auseinanderzusetzen und die Bewegungsgesetze des Kapitalismus ohne "marxistische" Brille kennenzulernen, um, wann auch immer, nach einer weder privat- noch staatskapitalistischen Ordnung zu fragen.

Zur Kritik der Staatswirtschaft zitiere ich aus meinem Flugblatt "Dritter Weg für die DDR - der Sozialismus wird frei sein oder er wird nicht sein".

"Im Gegensatz zu am Privatinteresse orientierten und durch den kapitalistischen Markt gesteuerten Wirtschaften, die mit relativ geringen privatkapitalistischen Planungen auskommen, mußten die Staatswirtschaften umfangreiche Planungsbürokratien mit außerordentlichen Herrschaftsfunktionen aufbauen. Diese Apparate verursachen hohe Kosten, arbeiten schwerfällig und entscheiden oft falsch. Die Staatslenkung der Wirtschaft verschleudert Volksvermögen bei geringer Leistung.

Die Herrschaft des kapitalistischen Marktes und des kapitalistischen Profitinteresses wurde durch die Herrschaft der Planungsapparate ersetzt. Die geringe Leistung dieses Systems erzeugt dauernd soziale und politische Unzufriedenheit, die sich nur deshalb jahrzehntelang nicht äußern

konnte, weil zusätzlich ein ebenfalls kostenträchtiger politischer Unterdrückungsapparat aufgebaut werden mußte, um politische Unzufriedenheit gewaltsam zu unterdrücken.

Daß in den sogenannten sozialistischen Ländern alles andere, nur kein Sozialismus entstand, liegt nicht daran, daß schlechte Sozialisten sozialistische Politik machten. Auch gute und bestens geschulte Wirtschaftspraktiker können mit diesen Instrumenten kaum ein besseres Ergebnis erzielen. Das staatliche Wirtschaftsprinzip hat sich als ein völlig ungeeignetes Prinzip erwiesen. Die Staatswirtschaft bricht zusammen, nicht der Sozialismus."

Bleibt die Kritik an dieser Oberfläche der Erscheinungen, kritisiert sie nur die haufenweise vorhandenen Mißstände der Staatswirtschaft, so bleibt die Flucht in den Kapitalismus, der unzutreffend Marktwirtschaft genannt wird. Wer nicht in dieser Rückentwicklung das Heil sieht, der muß auch der Frage nach den Irrtümern, aber auch nach richtigen Einsichten bei Marx nachgehen.

Erst aus der Kritik der theoretischen Grundlagen des Marxismus, die als politisches Programm in keinem einzigen Land, in dem sie angewandt wurden, zur Verwirklichung der Freiheits- und Gerechtigkeitsziele des Sozialismus führten, kann ein neuer Weg zu einer Ordnung entwickelt werden, die den Zielen des Sozialismus gerecht wird. Dabei wird sich zeigen, was vom wissenschaftlichen Sozialismus von Karl Marx übrigbleibt, wo Marx geirrt hat und welche seiner Einsichten durchaus für eine neue Wegbestimmung eines freiheitlichen, eines liberalen Sozialismus genutzt werden können.

Ist das überhaupt Sozialismus, was jetzt zusammenbricht? Hat die Frage Sozialismus oder Kapitalismus überhaupt etwas mit dem Eigentum an Produktionsmitteln zu tun oder ist dafür die Geldordnung verantwortlich?

Mit dieser Frage steigen wir in die Kritik der schon kurz dargestellten Mehrwerttheorie ein. Sie erscheint in sich so logisch, daß sie über 100 Jahre lang gläubig vertreten wurde, ohne daß sie noch hinterfragt wurde. Genauer, wir müssen ihre Voraussetzungen, auf denen sie aufbaut, unter die Lupe nehmen, die Lehre vom Austausch von Äquivalenten im Zirkulationsprozeß.

Am Ende dieser Untersuchung werden die Leser erkennen, daß es an dieser von allen Marxisten nie hinterfragten Voraussetzung der Mehrwertlehre lag, daß Politik auf Basis der Mehrwerttheorie nirgends zum Sozialismus führte. Marx hatte sie ebenso unreflektiert von seinen wissenschaftlichen Vorgängern Ricardo und Smith übernommen, mit denen er zu den Klassikern der Nationalökonomie gezählt wird, obwohl ihre sozialpolitischen Ziele ja weit von einander abwichen.

Entlarven wir diese Voraussetzungen der Mehrwertlehre schlicht als falsch, so erkennen wir nicht nur nachträglich, warum dieser Sozialismus zum Staatskapitalismus degenerieren mußte. Der Leser ist dann auch in der Lage, die Widersprüche im Werk von Marx zu analysieren, falsche von richtigen Einsichten zu trennen und zu fragen, ob nicht gerade auf den Einsichten, die von Marx (und Engels) immer wieder zugunsten der Mehrwerttheorie vernachlässigt wurden, ein dritter Weg zu den Altsystemen, zu einer freien und sozialen Ordnung entwickelt werden kann.

Diesen Fragen nachzugehen befriedigt also nicht nur ein historisches Interesse. Für die Zukunft der Völker ist es die wichtigste Frage.

Denn wenn die Mehrwertlehre selbst in sich streng logisch aufgebaut ist, läßt sich innerhalb dieser Theorie kaum ein Kritikansatz finden. Genau das machte ja ihre Stärke aus, daß selbst bei angestrengtestem Suchen kein Rechenfehler in dem von Marx gewählten Beispiel zu finden ist. Ist die Theorie in sich schlüssig, führte jedoch ihre Anwendung in vielen Ländern dennoch nicht zum Ziele des Sozialismus, einer Gesellschaft in

Freiheit und Gerechtigkeit, welche Gründe für das Scheitern des Sozialismus marxistischer Prägung könnte es dann noch geben?

Wir kritisieren die Voraussetzung, die Grundlage der Mehrwerttheorie. Erweist sich diese als fehlerhaft, als brüchig, dann müssen alle Schlußfolgerungen, die daraus gezogen werden, auch dann unbrauchbar für den gesetzten Zweck sein, wenn von diesem Punkt an in ihr keine weiteren Fehler nachweisbar sind. Wir müssen daher tiefer in die Überlegungen von Marx eindringen, um diese Grundlage der Mehrwerttheorie, mit der sie steht oder fällt, beurteilen zu können.

Daß sie in der Praxis nicht stand, zeigen 70 Jahre Politik auf ihrer Basis. Jetzt wird dies wohl auch den Jüngern von Marx klar, die noch vor wenigen Jahren gläubig die Lehre gegen aufkommende Zweifel verteidigten. Solche Zweifler gab es immer. Viele von ihnen haben ihr Abwechlertum von der jeweils herrschenden Parteilehre mit politischen Schikanen, Freiheitsentzug und mit dem Leben bezahlt.

Die Voraussetzung der Mehrwerttheorie: Der Austausch von Äquivalenten in der Zirkulation

In der Zirkulation - so Marx - werden Äquivalente ausgetauscht - Gebrauchswerte von gleichem Wert: *Waren gegen Geld, Geld gegen Arbeitskraft.*

Diese Fragestellung spielt er im Kapitel "Verwandlung vom Geld in Kapital" auf 30 Seiten durch. Das Ergebnis: *"Der Besitzer der Ware Arbeitskraft und der Geldbesitzer begegnen sich auf dem Markt und treten in ein Verhältnis zueinander als ebenbürtige Warenbesitzer, nur dadurch unterschieden, daß der eine Käufer, der andere Verkäufer ist, beide also juristisch gleiche Personen sind. ... Sie kontrahieren als freie, rechtlich ebenbürtige Personen. ... Sie beziehen sich nur als*

Warenbesitzer aufeinander und tauschen Äquivalent für Äquivalent." (S. 182 und 190)

Also: In der Zirkulation gibt es keinen Anhaltspunkt für Ursachen der Ausbeutung - denn es werden Äquivalente, Waren von gleichem Wert, ausgetauscht. Da gibt es, abgesehen von Prellerei, Raub, Diebstahl, die ja vorkommen, in der Regel kein Plus und kein Minus.

Die Aneignung des Mehrwerts im Produktionsprozeß

Die Ausbeutung kann also nicht aus der Zirkulation, aus dem Austauschprozeß, erklärt werden, dazu ist vielmehr eine Reihe vom Mittelgliedern, der Produktionsprozeß, nötig. Dort - so Marx - *"muß sich das Geheimnis der Plusmacherei endlich enthüllen"* (189).

Wie schon bei der Darstellung der Mehrwerttheorie beschrieben, eignet sich der Kapitalist den von den Arbeitern erzeugten Mehrwert in der Fabrik an, um ihn in der zweiten Phase des Austauschprozesses durch Verkauf der Waren zu realisieren, so daß am Ende des Prozesses mehr als das eingesetzte Geld (G) herauskommt, nämlich G+. Das eingesetzte Geld des Kapitalisten wird zum Kauf der Arbeitsmittel investiert: Waren (W) und Arbeitskraft (A) sind zwar wertgleich $G = W(A)$. Auf diesem äquivalenten Tausch in der ersten Zirkulationsphase basiert ja die weitere Überlegung, daß im Produktionsprozeß W, in dem der Kapitalist jetzt als Unternehmer (Eigentümer der Produktionsmittel) die von ihm wertgleich gekaufte Arbeitskraft mit den Maschinen und sonstigen Arbeitsmitteln zusammenbringt, sich den Mehrwert, der über den zu zahlenden Lohn hinausgeht, als Eigentümer der Fabrik und als Käufer der Arbeitskraft aneignet.

Im zweiten Zirkulationsabschnitt muß dann der Unternehmer das gesamte aus Wert (Lohn) und Mehrwert (Profit) bestehende Produkt verkaufen und in Geld verwandeln, wobei nach

geglückter Operation der dem Mehrwert entsprechende Teil in seiner Kasse bleibt.

Der Gesamtprozeß $G - W - G$ (Geld - Ware - Geld), in dem aus Geld Kapital wird, also mehr Geld als im Anfang in den Prozeß hineingesteckt wurde, stellt sich danach wie folgt dar:

$$G - W+ - G+$$

Seine Einzelphasen sind:

1. $G - W$: wertgleicher, äquivalenter Kauf von Arbeitskraft und Arbeitsmitteln durch den Geldbesitzer. Dabei findet keine Ausbeutung statt, Geld und Arbeitskraft, Geld und Waren, werden ohne Plus und ohne Minus getauscht.

2. Produktionsprozeß W : Der Arbeiter wird vom Eigentümer der Fabrik gezwungen, mehr Warenwerte zu schaffen als seinen Reproduktionskosten (Lohn) entspricht. Dieser Mehrwert gehört dem Käufer der Arbeitskraft und Eigentümer der Produktionsmittel. Aus W wird durch (unbezahlte) Mehrarbeit $W+$.

3. Dieses Gesamtprodukt $W+$ wird im zweiten Zirkulationsabschnitt durch Verkauf in Geld verwandelt: $W+ - G+$. Nach Abzug des Lohnes verbleibt der Geldüberschuß in Höhe des von den Arbeitern in unbezahlter Mehrarbeit zugesetzten Mehrwertes dem Unternehmerkapitalisten als Profit.

Ehe wir diesen Überlegungen die liberalsoziale Theorie entgegensetzen, untersuchen wir, wie Marx die Geldfunktionen beurteilt. Wir sehen dann, daß es der Mehrwertlehre überhaupt nicht bedurfte, um die Ausbeutung zu erklären.

Die Rolle des Geldes bei Marx

Auf Grund noch zu erörternder werttheoretischer Überlegungen wird dem Geld als Wertäquivalent aller anderen Waren eine nur passive Rolle zugeschrieben. D.h. es ist völlig gleichgültig, einen bestimmten Wertausdruck in der Geld- oder Warenform zu

besitzen. Geld spiegelt nur Vorgänge in der realen Produktion wieder - Geldprozesse sind Abbilder von Produktionsprozessen.

Und das, obwohl Marx im Kapitel vorher "Das Geld oder die Warenzirkulation" (S. 109-160) Einsichten entwickelt, aus denen direkt und ohne Mehrwerttheorie die Ausbeutung aus der Ware-Geldbeziehung erklärt werden könnte. Gedanken, die Marx im Band III erneut aufnimmt.

In der Beschreibung des Gestaltwandels der Ware

W - G - W (Ware - Geld - Ware)

erkennt Marx sehr klar, daß dieser Gestaltwandel (Metamorphose) von einer durchaus aktiven Rolle des Geldes abhängt. In der Naturalwirtschaft, in der direkt Ware gegen Ware (W - W) getauscht wird, ist der Austausch kein Problem. *Verkauf kann nur durch gleichzeitigen Kauf stattfinden und umgekehrt.* Dabei werden in der Hand ihrer Produzenten für sie persönlich zum großen Teil nutzlose Tauschwerte in für sie nützliche Gebrauchswerte getauscht, die sich eben in der Hand anderer Tauschpartner (Produzenten) befinden.

Dieses "notwendige Gleichgewicht der Verkäufe und Käufe" - d.h. diese Grundbedingung für einen krisenfreien Wirtschaftsablauf, der in der Warenwirtschaft "naturgegeben" ist, wird von Marx in der Geldwirtschaft zu Recht verneint. Das Zwischentreten von Geld in den Tausch W - W, so daß dieser zum Tausch W - G - W wird, ermöglicht die Auflösung des unteilbaren Prozesses W - W in zwei Teilbereiche: W - G und G - W:

"Da die erste Metamorphose der Ware zugleich Verkauf und Kauf ist, ist dieser Teilprozeß zugleich selbstständiger Prozeß. ... so macht sich die Einheit gewaltsam geltend durch eine Krise." (S. 127)

Marx verweist bereits hier auf spätere Untersuchungen über das Warum der Unterbrechung des Produktionsprozesses, die in Band III erfolgen. *"Diese Formen (gemeint ist der Gestaltwandel, d. V.) schließen daher die Möglichkeit der Krisen ein. Die*

Entwicklung der Möglichkeit zur Wirklichkeit erfordert einen ganzen Umkreis von Verhältnissen, die vom Standpunkt der einfachen Warenzirkulation noch gar nicht existieren."

Marx hat zu diesem frühen Zeitpunkt seiner Untersuchungen bereits seine Krisentheorie der entwickelten kapitalistischen Produktion im Auge, bei der die Sprengung des kapitalistischen Verwertungsprozesses von Kapital (G - W - G) bereits beim ersten G dann einsetzt, wenn es nach längerer Konjunkturphase zum Fall der Profitrate kommt, was andere Theoretiker mit sinkender Kapitalrendite (Gesell) oder Annäherung der Grenzleistungsfähigkeit des Kapitals gegen Null (Keynes) beschreiben.

Von der Unterbrechung des Warenaustausches (W-G-W) zur Schatzbildung als ursprüngliche Kapitalakkumulation

Ähnlich eindeutig äußert sich Marx einige Seiten weiter (134): "In der Geschwindigkeit des Geldumlaufs erscheint also die flüssige Einheit der entgegengesetzten und sich ergänzenden Phasen ..., der beiden Prozesse des Verkaufs und Kaufs. Umgekehrt erscheint in der Verlangsamung des Geldumlaufs die Trennung und gegensätzliche Verselbständigung dieser Prozesse, die Stockung des Formwechsels."

"Weil keiner zu kaufen braucht, weil er selbst verkauft hat", können die zu Geldbesitzern gewordenen Warenbesitzer in dem Maße warten, wie ihr eigenes Produkt und das erlöste Geld über ihrem Existenzminimum liegen. Solche Akte ermöglichen die Schatzbildung. Sie beschreibt Marx in einem lesenswerten Abschnitt (S. 144-148). "Der kontinuierliche Kreislauf der entgegengesetzten Metamorphosen oder der flüssige Umschlag von Verkauf und Kauf erscheint im rastlosen Umlauf des Geldes oder seiner Funktion als perpetuum mobile der Zirkulation. Es wird immobilisiert, ... sobald die Metamorphosenreihe unterbrochen, der Verkauf nicht mehr durch nachfolgenden Kauf ergänzt wird," ... "Das Geld versteinert damit zum Schatz und der

Warenverkäuf er wird Schatzbildner."

Da hätten wir also den Geldhorter, der zum Herrn der Welt wird: Marx zitiert hier zustimmend Christoph Columbus aus einem Brief aus Jamaika 1503: "Gold ist ein wunderbares Ding. Wer dasselbe besitzt, ist Herr von allem, was er wünscht." Und er beschreibt hier "die Macht des Geldes, der stets schlagfertigen, absolut gesellschaftlichen Form des Reichtums", den "Nervus rerum, das gesellschaftliche Faustpfand", das sich "jeder Warenproduzent sichern muß". Die im Geld verkörperte "gesellschaftliche Macht wird so (durch Festhalten von Geld d.V.) zur Privatmacht der Privatperson." (S. 146) War in der Wert- und Mehrwerttheorie das Geld nur ein passives Spiegelbild der realen Produktion, so greift das Geld bzw. der Geldbesitzer hier aktiv in den Gesamtprozeß ein: "das Gold als Geld festzuhalten" ... "ist die Summe seiner Ökonomie." (S. 147)

Marx geldpolitische Einsichten reichen für eine monetäre Erklärung der Ausbeutung und damit des Kapitalismus aus

Marx gelangt bei der Untersuchung der Warenmetamorphose zu entscheidenden monetären Erkenntnissen:

1. *Geld ermöglicht die zeitliche Unterbrechung des Produktaustausches und damit der Produktion, also die Einleitung einer Krise, weil es nicht "unmittelbar" kaufen muß: "Da die erste Metamorphose der Ware zugleich Verkauf und Kauf ist, ist dieser Teilprozeß zugleich selbständiger Prozeß. Der Käufer hat die Ware, der Verkäufer hat das Geld, d.h. eine Ware, die zirkulationsfähige Form bewahrt, ob sie früher oder später wieder auf dem Markt erscheine. Keiner kann verkaufen, ohne daß ein anderer kauft. Aber keiner braucht unmittelbar zu kaufen, weil er selbst verkauft hat. Die Zirkulation sprengt die zeitlichen, örtlichen und individuellen Schranken des Produktentausches ebendadurch, daß sie die hier vorhandene unmittelbare Identität zwischen dem Austausch des eigenen und*

dem Eintausch des fremden Arbeitsprodukts in den Gegensatz von Verkauf und Kauf spaltet." (Hervorhebungen vom Verfasser) (S. 127)

2. Das Geld ermöglicht in der Form der Schatzbildung seine Anhäufung und wird so zu Kapital, zur "stets schlafgerichten, absolut gesellschaftlichen Form des Reichtums" (S. 145)

Wer diese beiden Einsichten hat, kann in einem dritten Denkschritt folgern, dieses gesellschaftliche Faustpfand wird nur gegen einen Sondertribut herausgerückt. Entweder durch Verleihen des Geldes gegen Zins ($G - G+$) oder bei der Warenproduktion bereits beim Kauf der sachlichen Produktionsmittel und der Arbeitskraft.

Die Geldbesitzer können warten. Die Warenbesitzer in der Regel nicht oder nur kürzere Zeit. Ihr Geld steckt ja in ihrem Warenvorrat und Waren unterliegen einem natürlichen Wertverschleiß. Noch weniger können die Besitzer der Arbeitskraft warten. Auch Streikkassen sind bald leer. Die Geldbesitzer sind also von vornherein doppelt in Vorteil. Sie verfügen über das Monopol und *warten*. Warenbesitzer und Arbeiter jedoch *müssen anbieten* (Angebotszang). Der Kauf von Waren und Arbeitskraft kann daher grundsätzlich von einem *Wertabschlag* auf Seiten der Anbieter von Waren und Arbeitskraft abhängig gemacht werden - einem *Wertplus für die Geldbesitzer*.

Das Geld in seiner akkumulierten Form als Geldkapital (ursprüngliches Kapital) stellt daher direkt die Mehrwert-/Zinsbedingung beim Kauf von Waren sowohl zur Fortsetzung der einfachen Warenzirkulation $W - G - W$ und beim Darlehen $G - G$.

Der Mehrwert/Zins ist also direkt aus der faktischen Überlegenheit des Geldes, - aus dem Wartenkönnen der Geldbesitzer und dem Nicht-Wartenkönnen der Anbieter von Arbeitskraft und der Darlehensbedürftigen zu erklären. Letztere halten Zwangsnachfrage nach Geld. Dieses kann die Bedingungen stellen, weil es warten kann und als allgemeines

Tauschmittel von allen gebraucht wird.

Der Zins/Mehrwert ist auch als Prämie zu verstehen, die den Geldbesitzern dafür gezahlt werden muß, daß sie auf die Sperrung des Austausches, der Warenproduktion und von Darlehen verzichten. Das Geldkapital erweist sich damit als das eigentliche, als das Urkapital und als die entscheidende gesellschaftliche Macht, was ja Karl Marx im Schatzbildungskapitel glänzend beschrieben hatte.

Aus den geldpolitischen Grundeinsichten von Marx, daß Geld erstens den Warenaustausch und die Warenproduktion sprengen, also Krisen erzeugen kann, und daß zweitens als Schatz festgehaltenes Geld zu Kapital und zum allgemeinen gesellschaftlichen Machtmittel in Privathand der Schatzbildner wird, folgerten wir soeben als dritte Einsicht, daß dieses Macht- und Krisenmittel direkt den Mehrwert, den Zins, von Waren und Arbeitskraft erzwingen kann.

Genau diese Schlußfolgerung zieht Marx nicht. Sie wurde unabhängig von den ersten beiden Einsichten von Marx von den liberalsozialen Theoretikern teils unmittelbar vor Marx, teils unmittelbar nach Marx, vor allem von Pierre Proudhon und von Silvio Gesell gezogen.

Ist Geld eine Ware?

Warum kann Marx diesen 3. Gedankenschritt nicht vollziehen, und was hat das mit der Werttheorie zu tun?

Als Schüler von Smith und Ricardo, als einer der drei Klassiker der Nationalökonomie, steht Marx fest in der Tradition der Werttheorie, die den Wert jeder Ware durch die Menge der Arbeitszeit bestimmen läßt, die zu ihrer Produktion nötig ist. Marx arbeitet dies aus durch Erweiterung auf die jeweils gesellschaftlich notwendige Arbeitszeit. Daraus ergibt sich der äquivalente = wertgleiche Austausch von zwei Waren,

in denen gleiche, gesellschaftlich notwendige Arbeitszeit geronnen ist, reguliert durch die "Umstände", wir würden sagen Marktverhältnisse, die es erlauben, im erzielbaren Preis ein "mehr oder minder der Wertgröße" einzuhandeln. (S. 117)

Werttheorie hin und Werttheorie her - das mag ja für den Bereich der Warenproduktion so sein - und jeder Unternehmer versucht ja im Preis der Waren auf seine Kosten zu kommen, nicht unter Wert (Kosten), sondern möglichst über Wert (Kosten) zu verkaufen. Aber was hat das Wertgesetz mit dem Geld zu tun? Diese Fragen wurden vor ca. 15 Jahren vom liberalsozialen Theoretiker Karl Walker behandelt. Wir gehen darauf in einer Fortsetzung dieser Broschüre ein.

Hier liegt der Knackpunkt, denn für Marx ist das Geld eine Ware, für die das Gesetz der Warenproduktion, das Wertgesetz, gültig ist. Historisch ist das schon erklärbar, denn der spätere Geldstoff, Gold oder Silber, war ursprünglich eine Ware wie andere Waren auch, d.h. sie waren nützlich durch ihren Gebrauchswert als Schmuckmaterial oder zur Befriedigung religiös/kultischer Bedürfnisse. Diese beiden Bedürfnisse (Dr. Hans Weitkamp hat viel darüber geschrieben) waren Grund- und Urbedürfnisse schon in der Frühzeit der Menschheitsgeschichte.

Der frühe Goldsucher, der in einer bestimmten Zeiteinheit eine bestimmte Goldmenge aus der Erde grub oder aus dem Fluß wusch, konnte sie gegen Lebensmittel, Kleidungsstücke von etwa gleichem Wert (Zeitwert) eintauschen - Wert gegen Wert; d.h. äquivalent.

Er konnte keinen Sondervorteil daraus ziehen, daß sein Arbeitsprodukt, seine Ware unverderblich war - im Gegensatz zu allen anderen Arbeitsprodukten, die verderben oder vergehen. Würde er aus diesem Vorteil einen zu hohen, über dem Arbeitswert liegenden Preis gefordert haben, so wären die Nachfrager auf andere Schmuck- oder Kultmittel ausgewichen, wie schon früher, z.B. auf Tierzähne, Knochen, Muscheln, und

er wäre mit seinem unverderblichen Gold verhungert. Weil der Goldgräber nur Tauschwert produzierte, mußte er das unverderbliche Gold gegen Gebrauchswerte, z.B. Lebensmittel, tauschen. Er war in keiner besseren Lage als der Bauer als Produzent verderblicher Lebensmittel. Beide stellen Tauschwerte für andere her - beide suchen Gebrauchswerte für sich, die sich jeweils in der Hand anderer Produzenten befinden. Beide müssen tauschen: Äquivalent gegen Äquivalent. Wertgleich - ohne Ausbeutung.

Daran änderte sich für Marx nichts, als mit Entwicklung der Arbeitsteilung Gold und Silber allmählich die anderen stofflichen Konkurrenten in der Rolle als allgemeines Tauschmittel und als allgemeinen Wertausdruck aller anderen Waren wegen besserer Eignung dazu verdrängte, sich also die allgemeine Äquivalentform an das Gold heftete. Marx hat diesen Vorgang beschrieben. (S. 103-108) Wegen der Übereinstimmung der "Natureigenschaften" von Gold und Silber "mit seinen Funktionen" ist "Geld von Natur Gold und Silber". Das gilt für ihn offensichtlich auch für das Papiergeld: "Weil Geld in bestimmten Funktionen durch bloße Zeichen seiner selbst ersetzt werden kann, entsprang der andere Irrtum, es sei ein bloßes Zeichen" - der andere Irrtum sei der, "den Wert von Gold und Silber" - (in seiner Geldfunktion - d.V.) - "für imaginär, also nur für eingebildet zu halten."

Wenn Geld also eine Ware ist, so muß ihre Wertbildung unmittelbar an der Produktionsquelle erfolgen: "Weiß man, daß Gold Geld, daher mit allen anderen Waren unmittelbar austauschbar ... ist sein Wert bereits gegeben" (S.106/107).

Wird wenig oder wird viel Gold gefunden, so ist entweder viel oder wenig Arbeitszeit im Gold gebunden und der Geldwert in anderen Waren ausgedrückt entweder kleiner oder größer.

Der Austausch aller anderen Waren mit der spezifischen Ware Geld findet weiter äquivalent statt. Für die Aneignung eines Plus, eines Mehrwerts auf Kosten der anderen Warenbesitzer

gibt der Austauschprozeß, als Austausch von Äquivalenten nichts her.

Die vierfache Überlegenheit des Geldes gegenüber der Ware - zur Kritik der Äquivalenztheorie.

Bei seinen Untersuchungen über die Natur der Waren, des Geldes und ihrer Beziehungen zueinander entging Marx zweierlei:

1. Der Doppelcharakter der Ware
2. Das Funktionsmonopol des Geldes

Der Doppelcharakter der Waren: Für Marx gibt es nur einen einfachen Angebotszwang der Waren, der aus ihrer Eigenschaft, Träger von Tauschwert für ihre Produzenten zu sein, herrührt. Die Produzenten brauchen Gebrauchswerte, um zu leben, und müssen dafür ihre Arbeitsprodukte als Tauschwert tauschen. Auch der Goldgräber unterliegt diesem einfachen Angebotszwang.

Der doppelte Angebotszwang ergibt sich aus den Eigenschaften der Waren. Ihre stärkere oder mindere Verderblichkeit oder ihre Durchhaltekosten zwingen zum Angebot. Der Schreibtischforscher Marx stieß nicht auf diese Wareneigenschaft. Der Kaufmann Silvio Gesell brauchte als Erfahrungsforscher nur seine Warenlager zu betrachten, um darauf gestoßen zu werden.

Sobald Gold allgemeines Tauschmittel wurde, hatte es als Geld eine Monopolstellung gegenüber allen anderen Waren.

Der Goldgräber mußte noch äquivalent tauschen, obwohl seine Ware nicht schlecht wurde. Jetzt, da Gold Geld ist, kann derjenige, der als Schatzbildner Gold deshalb akkumulieren, aufhäufen kann, weil es unverderblich ist, das Funktionsmonopol des Goldes als Geld ausnutzen. Alle anderen brauchen es für den Produktentausch und als Investitionsmittel für die Produktion. Er aber hat es.

Alle Warenproduzenten müssen aus doppeltem Grunde anbieten - als Produzenten von Tauschwerten und als Produzenten verderblicher Waren. Der akkumulierende Geldbesitzer kann aus doppeltem Grunde warten: Er hat das Funktionsmittel Geld als Monopolist in der Hand, das alle für den Tausch brauchen, und dieses ist unverderblich.

Aus diesem vierfachen Vorteil heraus hebt der Geldbesitzer den äquivalenten Tausch auf - Geld hat endgültig aufgehört, eine Ware zu sein, aus der es ursprünglich hervorgegangen ist.

Als Funktionsgeld ist Geld öffentliches Tauschmittel, das seine Funktion nur im "raschen Umlauf" (Marx) ausüben kann. Als "Schatz versteinert" (Marx), fällt es als Tauschmittel aus und zerstört die Zirkulation, die sein einziger Funktionszweck ist. Der absolut gegen Umlaufstörungen (Verschatzung/Hortung) gesicherte Geldkreislauf ist daher Grundbedingung einer funktionierenden Geldwirtschaft.

An dieser Grundüberlegung ändert sich nichts, wenn einmal Geldvorgänge als reine Rechenvorgänge, also ohne Papiergeld, ausgeübt werden sollten. Auch dann wäre der reibungslose Umlauf der Recheneinheiten als Grundlage aller wirtschaftlichen Tätigkeiten zu sichern.

Die Ausbeutung kann also ohne Umwege über die von Marx erst zu erfindende Mehrwertlehre direkt aus der vierfachen Überlegenheit des Geldes gegenüber Waren und Arbeitskraft erklärt werden.

Mit seiner Erkenntnis von der Hortfähigkeit des Geldes, die die "individuellen, zeitlichen und örtlichen Schranken des Produktaustauschs sprengen kann" und der Erklärung der ursprünglichen Kapitalakkumulation aus dieser Hortfähigkeit heraus (Geld versteinert zum Schatz) ist Marx ganz dicht an diese Erklärung herangekommen. Wie später Gesell könnte er den Mehrwert direkt aus der Geld-Ware-Beziehung heraus ableiten.

Er kann das aber nicht, weil er weiter an der Äquivalenz von Geld und Ware, Geld und Arbeitskraft festhält. Dies, obwohl ihm seine vorausgegangenen Überlegungen eigentlich gezeigt haben müßten, daß ein zur Krisenauslösung per Geldhortung geeignetes Geld kein Äquivalent von Ware und Arbeitskraft sein kann, sondern ein Ausbeutungs- und Machtmittel ist.

Marx muß an dieser Äquivalenz festhalten, weil für ihn Geld eine Ware ist, für deren Wertbildung das Wertgesetz gültig ist. Dabei hätte ihm schon - wie kurze Zeit später Gesell - die Ablösung der Geldfunktion von den Waren Gold und Silber durch Papiergeld zeigen müssen, daß der Wert des Geldes allein in seiner Funktion als Tauschmittel besteht und nichts mit dem Arbeitswert eines Geldstoffes (Gold, Silber oder Papier) zu tun hat.

Letztlich ist Marx ein Gefangener seiner werttheoretischen Vorstellungen geblieben, die er von der Warenproduktion auf das Geld überträgt, das für ihn eine Ware wie andere Waren ist. Dies zwingt ihn, nach einer Erklärung der Ausbeutung, der Aneignung des Mehrwertes durch die Kapitalbesitzer zu suchen, ohne dabei das Wertgesetz zu verletzen, vielmehr es zu erfüllen.

Das Zwangsergebnis ist die Mehrwerttheorie, die auf der angenommenen Äquivalenz von Geld - Ware und Geld - Arbeitskraft beruht, die es in der Wirklichkeit nicht gibt.

Besonders deutlich wird dies beim nicht mehr durch Gold gedeckten Papiergeld. Gold wird wieder, was es war, eine Ware. Das Papiergeld ist reines Funktionsgeld, ohne auch nur das geringste Quantum Ware.

Es ist zu nichts anderem nützlich. Erst die Nützlichkeit einer Sache macht sie zu Ware.

Von der ursprünglichen Akkumulation in $W - G - W$ durch mehrmalige Unterbrechung des Aktes nach dem ersten Teil kann das aufgespeicherte Geld als Handels- oder Industriekapital

seinen Einsatz in der Form $G - W - G$ nun davon abhängig machen, daß die Warenproduzenten und die Arbeiter von vornherein bereit sein müssen, einen Teil des von ihnen durch Arbeit zu schaffenden Werts an die Kapitalbesitzer abzutreten, *andernfalls erhalten sie von diesen das zur Produktion nötige Kapital nicht.*

Das Geld kann seinen Verwertungsprozeß bereits sperren, ehe er begonnen hat. Allein die Möglichkeit, per Geldsperre Krisen auslösen zu können, genügt, den geforderten Mehrwert/Zins aufzubringen. Zwar wird der Mehrwert erst in der Produktion erarbeitet und in der zweiten Zirkulationsphase - beim Verkauf - realisiert, aber er wird bereits bei der Bereitstellung des Kapitals zur Produktion gefordert, denn das Geldkapital steht, wie es Marx - alte Gedanken erneut aufnehmend - in Band III klar sagt, "vor und außerhalb des Produktionsprozesses":

Das in W zu erzeugende $W+$ muß spätestens nach der Realisierung in $W+ - G+$ vom Unternehmerkapitalisten (fungierender, prozessierender Kapitalist) an den Geldkapitalisten abgeführt werden. Für Marx ist es eine "objektive Tatsache", daß "der Zins dem Geldkapitalisten, dem Leiher" zufließt, "der bloßer Eigentümer des Kapitals ist, also das bloße Kapital-Eigentum vertritt vor dem Produktionsprozeß und außerhalb des Produktionsprozesses." (S. 387)

Marx nimmt also im 3. Band eine Mehrwertaneignung vorweg, wie sie später von Gesell beschrieben wird. Sie steht im Totalwiderspruch zur Mehrwerttheorie im Band I. In Formeln ausgedrückt: $G+ - W+ - G+$ contra $G - W+ - G+$ oder, wie es später Silvio Gesell ausdrückt, Marx III (Zinstheorie) contra Marx I (Mehrwerttheorie).

Die eine Formel beruht auf der erkannten und tatsächlichen Nichtäquivalenz von Geld/Ware. Hier steht die Forderung nach $G+$ bereits vor dem Produktionsprozeß, der nur unter der Bedingung der Abtretung eines Mehrwerts an das Geldkapital gestattet wird. Anderenfalls gibt es Wirtschaftskrise mit Arbeitslosigkeit und Firmenpleiten. Das Mittel, die Krise zu

erzwingen, ist der Geldstreik, modern ausgedrückt Investitionsverweigerung, Investitionsvertagung.

Die andere Formel beruht auf der nur behaupteten aber nicht bestehenden Äquivalenz von Geld - Ware und Geld - Arbeitskraft.

Aus der einen Formel folgt als politisches Programm, die Überlegenheit des Geldes gegenüber den Produzenten von Waren und gegenüber den Bereitstellern von Arbeitskraft aufzuheben, also die Geldsperre aufzuheben und zu ersetzen durch einen Umlaufantrieb, der das Geld automatisch zwingt, sich ohne Zinsbedingung der Arbeit anzubieten:

Der Gesamtwert, der in der Produktion erarbeitet wird, fließt dann nach Abzug der Steuern für Gemeinschaftsaufgaben denen zu, die ihn erarbeitet haben. Eine Aneignung von Teilen des Arbeitsertrages durch das zur Produktion nötige Kapital findet nicht mehr statt. Dieses ist nicht mehr Herrschafts- und Ausbeutungsmittel, sondern Hilfsmittel der Arbeit. Nach der Herstellung der vollen Äquivalenz von Geld und Arbeitskraft steht dem Geldbesitzer für das Leihgeld die volle Rückzahlung der Leihsumme zu - nicht mehr. Diese zu schaffende Äquivalenz ist Grundvoraussetzung für die Überwindung des Kapitalismus, für eine sozialistische Ordnung, so daß Geld und Waren als Hilfsmittel der Arbeit zur Verfügung stehen, ohne daß die Arbeitenden die zu schaffenden Werte mit dem Kapital teilen müssen. Vielmehr geht der bislang vom Geldkapital angeeignete Mehrwert/Zins in die Löhne über, so daß das Recht auf den vollen Arbeitsertrag (seit Ferdinand Lassalle eine alte sozialistische Forderung) verwirklicht wird.

Der neue Umlaufantrieb (Angebotszwang für das Geld) führt automatisch zu vermehrtem Angebot an Leihgeld. Dieser zunehmende Druck des Kapitals auf den Kapitalmärkten (zunehmende Konkurrenz der Kapitalisten untereinander) senkt den Zins in Richtung Null ab. Mit jedem sinkenden Zinsprozent steigen die

Löhne in Richtung auf den vollen Arbeitsertrag an. Der Umlaufantrieb ermöglicht eine Einkommensverteilung entsprechend den Arbeitsleistungen als Voraussetzung einer gerechten Einkommensverteilung. Das Kapital muß sich letztendlich mit der Wiedererstattung der Leihsumme ohne Mehrwert/Zins begnügen. Lediglich für Anlagen mit Risiko sind noch - infolge des Fehlens allgemeiner Konjunkturschwankungen und dadurch bedingter stabiler Wirtschaftslage - geringe Restrisikoprämien erzielbar. Gegen diese nach Einführung des Umlaufantriebs zwangsläufige Entwicklung kann sich das Kapital eben wegen dieses Umlaufantriebs nicht mehr mit Geldhortung wehren. Es muß ohnmächtig zusehen und durch sein Zwangsangebot dazu beitragen, daß die "Kapitalrentner eines sanften Todes sterben" (Maynard Keynes).

Mit jedem sinkenden Zinsprozent und steigendem Anteil der Arbeitserträge am Gesamtvolkseinkommen findet ein qualitatives Umschlagen vom Kapitalismus zum Sozialismus statt.

Aus der anderen Formel folgt als politisches Programm die Aufhebung von Privateigentum an Produktionsmitteln und die Beseitigung der Privat- und Marktwirtschaft und der Aufbau der Staatswirtschaft. Diese Formel, die Mehrwerttherie, sieht im Privateigentum an Produktionsmitteln fälschlicherweise die Voraussetzung der Ausbeutung. Nirgends haben die darauf beruhenden Staatswirtschaftssysteme zum Sozialismus, zu einer freien und gerechten Ordnung geführt. Jetzt, angesichts des Auflösungsprozesses dieser Ordnung in fast allen Ländern, in denen sie durchgesetzt wurde, ist es für alle, die am sozialistischen Ziel festhalten, Zeit, bisherige theoretische Grundlagen zu hinterfragen und die hier gebotene liberalsozialistische Theorie zu prüfen.

Das Kapitel "Unternehmergewinn und Zins" in Band III ist von S. 383-412 relativ leicht lesbar nachzuarbeiten. In Teil 2 dieser Broschüre gehen wir näher darauf ein.

Es steht dem Denken Silvio Gesells wesentlich näher als der Wert- und Mehrwerttheorie und beruht auf alten geldtheoretischen Überlegungen aus Band I. Silvio Gesell hat in einer kleinen Broschüre über "Ausbeutung und ihre Ursachen" in der Einleitung auf den Widerspruch von Marx I und Marx III hingewiesen. Ob er sich näher damit auseinandersetzte, ist mir nicht bekannt und müßte aus einer genauen Lektüre seiner jetzt erscheinenden Gesamtschriften festgestellt werden.

Die in Band III entwickelte Lehre vom Kapital, Unternehmergeinn und Zins ist im Kern der dritte Gedankenschritt, den Marx in Band I wegen seiner Verstrickung in die Wertlehre aus der erkannten Hortfähigkeit des Geldes und den dadurch zu unterbrechenden Produktionsprozeß und aus der dadurch möglichen Schatz-Kapitalbildung nicht ziehen konnte.

Auch eine Auseinandersetzung mit der Krisentheorie des Kapitels "Der tendenzielle Fall der Profitrate" muß hier unterbleiben. "Die Profitrate ist die treibende Kraft in der kapitalistischen Produktion, und es wird nur produziert, was und soweit es mit Profit produziert werden kann." Ihre Höhe "entscheidet über Ausdehnung oder Beschränkung der Produktion statt des Verhältnisses der Produktion zu den gesellschaftlichen Bedürfnissen." (S. 259)

Die Profitrate, deren Bestandteile ja Unternehmergeinn und Zins sind, sinkt bei Ausdehnung der Märkte und Warenproduktion und der Akkumulation von Kapital. Das Fallen der Profitrate und damit des Ausbeutungsgrades der Arbeit "unter einen gegebenen Punkt ruft Störungen und Stockungen des kapitalistischen Produktionsprozesses, Krisen, Zerstörung von Kapital hervor." (S. 266) Auch hier liegt die Verwandtschaft zur Krisentheorie Gesells auf der Hand. Auch dieser Punkt wird in Teil 2 der Broschüre noch einmal aufgegriffen.

Friedrich Engels Bestätigung der neuen Geld- und Kapitaltheorie von Marx

In seiner Auseinandersetzung mit dem Berliner Professor Eugen Dühring - kurz Anti-Dühring genannt - genauer Titel: "Herrn Eugen Dührings Umwälzung der Wissenschaft" stellt sich Friedrich Engels 1878 auf die von Marx erarbeiteten geldtheoretischen Erkenntnisse, die er in Band III ja erst 1894 herausgibt. Marx hatte wesentliche Gedanken in ständiger Auseinandersetzung mit Engels entwickelt.

Dühring entwarf ein Konzept von Großkommunen ohne Privateigentum am Produktionsmitteln, in der jeder gleichen Lohn in Geldform erhält. Engels polemisiert gegen Dühring, daß dabei zwar jeder zu "quantitativ gleicher Konsumtion" befähigt werde, daß aber niemand dazu gezwungen werden kann. Dühring kann also nicht verhindern, "daß die einen sich einen kleinen Geldschatz zurücklegen, während die anderen mit dem ihnen gezahlten Lohn nicht auskommen." (S. 283/284)

Obwohl die Produktionsmittel sich im Eigentum der Kommune befinden, entwickelt sich aus diesen Geldverhältnissen neuer Geldkapitalismus, Herrschaft des Geldes auch über die Kommunen.

Daß Engels aus den Widersprüchen von Marx aber nicht herauskommt, zeigt sich in der Einschätzung dieser Entwicklung als "vom menschlichen Willen unabhängige Natur des Geldes, die sich immer wieder durchsetze." Nachdem er auf Seite 290 beschreibt, wie die Geldwirtschaft alte Gemeinschaftskulturen in verschiedenen Erdgegenden auflöst, zuerst die Einzelkultur an Stelle gemeinsamer Feldwirtschaft, dann Einzeleigentum statt gemeinsamer Bodenbesitz, urteilt Engels: "das Geld bleibt immer das mächtigste Mittel ihrer Einwirkung auf die Gemeinwesen. Und mit derselben Notwendigkeit müßte das Geld die Wirtschaftskommune auflösen, käme sie je zustande. Allen 'Gesetzen und Verwaltungsnormen' zum Trotz."

Hier spukt noch die alte marxistische Vorstellung herum, daß Geld von Natur aus Gold und Silber sei, obschon Gold und Silber ursprünglich nur Waren waren, und daß man gegen die Naturgesetzlichkeit des Geldes nichts machen könne.

Ohne es direkt zu sagen, fordert Engels daraus die Abschaffung des Geldes. Denn wenn das Geld naturgesetzlich alle menschlichen Setzungen auflöst, kann man seinen Auswirkungen nur durch seine Annullierung entgehen. "Sobald die Gesellschaft sich in den Besitz der Produktionsmittel setzt ... braucht die in einem Produkt steckende Menge gesellschaftlicher Arbeit nicht erst auf einem Umweg (über das Geld - d.V.) festgestellt zu werden. Die tägliche Erfahrung zeigt direkt, wieviel davon im Durchschnitt nötig ist." Die Gesellschaft wird das einfach berechnen - "ohne Dazwischenkunft des vielberühmten Werts", der nach Marx/Engels die kapitalistische Produktion bestimme. (S. 288)

Lenins geldlose Wirtschaft und Wiederbegründung des Kapitalismus durch die NEP - Neue Ökonomische Politik

Lenin hatte nur diese kurze Andeutung Engels im Anti-Dühring zur Verfügung. Auch Marx beschrieb zwar eingehend die Natur des Kapitalismus, sagte aber in theoretischen Schriften nichts über die Praktizierung einer Gesellschaft, die das kapitalistische Wertgesetz aufhebt, außer daß dazu das Privateigentum in gesellschaftliches Eigentum umzuwandeln und die Arbeit zu vergesellschaften ist. Diese Auffassung wird auch von Gregor Gysi in der Schrift: "Wir brauchen einen dritten Weg" (1990) geteilt. Er sagt dort, Marx habe keine sozialistische Theorie entwickelt.

Im Kriegskommunismus wurde die Inflation des 1. Weltkriegs auf die Spitze getrieben, bis sich das Geld selbst annullierte, weil niemand es haben wollte, und die Leute Waren gegen Waren

tauschten. Im vergesellschafteten Sektor der Wirtschaft, in den Staatsbetrieben dagegen erfolgte die "einfache Berechnung der in den Produkten steckenden Arbeitszeit" (Engels) durch Notieren der geleisteten Arbeitszeit in Stunden und Minuten im Arbeitsbuch und bei den Waren durch Stunden/Minuten statt Rubelauszeichnung im Staatsladen. Ein recht umständliches Verfahren, ein schlechter Geldersatz. Zusammen mit dem Bürgerkrieg und den sonstigen Elementen der beginnenden Staatswirtschaft führte das die junge Sowjetwirtschaft in die Totalkatastrophe mit Produktionsstillstand und Verhungern von Millionen.

Der Realpolitiker Lenin zog mit dem Durchpeitschen der NEP - Neue Ökonomische Politik - Konsequenzen aus der Pleite und kehrte zu wesentlichen kapitalistischen und marktwirtschaftlichen Methoden zurück.

1. Zulassung der Privatwirtschaft in der verarbeitenden Industrie (Schwerindustrie blieb staatlich).
2. Festigung der privaten Landwirtschaft. Mit der Aufteilung des Großgrundbesitzes an die Bauern hatte Lenin ja die Bauern für die Revolution gewonnen.
3. Freie Preisbildung und - wer ja zu freien Preisen sagt, braucht ein funktionsfähiges Tauschmittel -
4. Wiedereinführung des Geldes.

Lenin konnte aus Marx und Engels keine Ideen über ein nichtkapitalistisches Geld entnehmen. Im Schweizer Exil hatte er keine Berührung mit Silvio Gesell, der damals dort lebte, und führte daher das Geld in seiner kapitalistischen Form, als hortbares und daher zinspressendes Geld wieder ein.

Mit diesen Mitteln brachte Lenin die Wirtschaft wieder in Gang - ebenso wie nach der vermeidbaren Übergangskrise in den nächsten Jahren die Wirtschaft in der DDR wieder in Gang kommen wird, denn wie die Praxis zeigt, ist Marktwirtschaft nun einmal jeder Staatswirtschaft überlegen. Näheres dazu im Flugblatt: "Schluss mit der Krise in den neuen Bundesländern".

In Koppelung mit dem kapitalistischen, hortbaren Geld führten die marktwirtschaftlichen Prozesse zur Zinswirtschaft, die in den Folgejahren nicht aufgegeben, sondern verstaatlicht wurde. Infolge der Kapitalknappheit setzte sich in der SU ein sehr hoher Zins durch. Mit Beginn der Fünfjahrespläne durch Stalin Ende der 20er Jahre war ein Zinsfuß von 20% noch üblich.

Stalin gab Teile der NEP wieder auf: Die Leichtindustrie wurde verstaatlicht, die Landwirtschaft zwangskollektiviert, der Markt durch Staatsplanung ersetzt. Das kapitalistische Element der NEP, das hortbare Geld, wurde in die Staatswirtschaft übernommen. Der Zinsfuß wurde staatlich fixiert.

1945 gab der Sowjet-Ökonom Tugan Baranowski in dem Organ der sowjetischen Besatzungsmacht in der sowjetischen Besatzungszone "Tägliche Rundschau" den Zins in der SU mit 5% an, die Zahl der Sparer mit ca. 25 Mio. - von damals ca. 200 Mio. Bürgern. Das entspricht etwa der Zahl der neuen herrschenden Klasse. T. Baranowski gibt an, daß unter den Sparern zahlreiche Rubelmillionäre seien, z.B. Leninpreisträger. Helmut Creutz gibt in seinem Aufsatz "Wohin der Rubel rollt" (1989) aus neuen sowjetischen Zahlen ebenfalls einen Zins von 5% für längere Festlegung an.

Aus einer Million werden also in 14 1/2 Jahren 2 Mio. Rubel, in weiteren 14 1/2 Jahren 4 Mio. Wie im westlichen "freien Kapitalismus" müssen die Arbeitenden den Zins erwirtschaften. Das Spargeld fließt in der SU als Kredit der Staatsbank an die Betriebe. Zum Einlagezins kommen dann die Bankkosten hinzu. Egal ob die Kredite aus Steuern subventioniert werden oder nicht, das Volk muß den Zins und die hohen Kosten der staatlichen Wirtschafts- und Kontroll/Überwachungsapparate erarbeiten. Das erklärt den niedrigen Lebensstandard der Staatswirtschaftsländer.

Das Staatswirtschaftssystem, die direkte Folgerung aus der Mehrwerttheorie, führte infolge seiner ihm immanenten

Schwerfälligkeit und Unübersichtlichkeit der nötigen Planungs-, Verteilungs- und Kontrollinstanzen einmal zu einer geringeren Leistung dieser Wirtschaft, zum Dauermißbrauch durch Korruption und damit zu Bereicherung (Entstehung der Subklasse illegaler Schieber-Millionäre).

Dieses System, das die kapitalistische Mehrwertaneignung durch die Mehrwertaneignung durch das Volk ersetzen wollte - also zum Sozialismus, zur gerechten Verteilung aller Werte führen sollte - , konnte dieses Ziel aus den Mängeln des Plansystems nicht erreichen.

Der Hauptgrund besteht jedoch darin, daß die Mehrwerttheorie die Aneignung des Mehrwerts durch die Kapitalisten falsch erklärt; daß die eigentliche Quelle der Mehrwertaneignung im hortbaren Geld nicht erkannt, sondern dieses ohne grundsätzliche Veränderungen in das Staatswirtschaftssystem mitintegriert wurde. Daß die kapitalistische Zins/Mehrwertaneignung durch die neuen legalen wie illegalen Geldbesitzer nicht nur weiter besteht, sondern sogar unter Staatsschutz gestellt wurde. Zur Erhaltung dieses Systems des Staatskapitalismus bedurfte es eines gewaltigen staatlichen Unterdrückungsapparates, so daß auch das andere Hauptziel des Sozialismus, eine freie Gesellschaft, nicht verwirklicht wurde.

Vom Staatskapitalismus zurück in den Privatkapitalismus?

Das Staatswirtschaftssystem konnte den Kapitalismus nicht überwinden, weil es dessen geldbedingte Ursachen nicht erkannte, sondern diese Ursachen des Kapitalismus verstaatlichte. Mit Unterschieden entstand in fast allen Ländern des sogenannten Sozialismus/Kommunismus ein totalitärer Staatskapitalismus. Als Sozialismus war das aus der Anwendung der Mehrwerttheorie - Aufhebung des Privateigentums an Produktionsmitteln und Einführung der Planwirtschaft - entstehende System von Anfang an eine Fehlgeburt.

Dies wurde lediglich durch einen religionsähnlichen ideologischen Überbau verschleiert und durch einen jede politische Opposition unterdrückenden Machtapparat gestützt.

Alle Versuche dieses ideologisch verschleierte Staatskapitalismus als das bessere kapitalistische System den Privatkapitalismus produktionsmäßig zu überholen, waren zum Scheitern verurteilt. Der sich auf einen begrenzt freien Markt stützende Privatkapitalismus ist jeder Staatswirtschaft überlegen. Vielmehr führte das Staatswirtschaftsprinzip zu einer immer schlechteren Versorgung der Bevölkerung, was zunehmende Unzufriedenheit auslöste.

Michael Gorbatschow wollte aus diesem Teufelskreis ausbrechen und die Staatswirtschaft von oben umgestalten. Obwohl er mehrfach erkannte, daß die Geld-Ware-Beziehung auch in der Staatswirtschaft eine wichtige Grundlage des Wirtschaftens ist, unterblieb jeder grundlegende Reformschritt im Geldbereich. Nicht einmal die wegen in den letzten Jahren immer stärker in Erscheinung tretenden Geldhortungen immer uferloser ausgeweitete Geldschöpfung der Zentralbank wurde unter Kontrolle gebracht. So braute sich ein Rieseninflationspotential zusammen, ähnlich wie zur Zeit Lenins im Kriegskommunismus. So belebend im Kapitalismus eine mäßige Inflation für die Konjunktur sein kann, so mußte sie in diesem Ausmaß zum Kollaps der Wirtschaft führen, was über nationalistische Bewegung den Zerfall der Sowjet-Union einleitete.

Wenn Lenin einmal gesagt haben soll, daß, wer einen Staat zerstören will, dessen Währung zerstören muß, Gorbatschow hat es in vollem Umfang (auf Rat seiner Fachleute?) gründlich getan. Es bewahrheitet sich auch hier Silvio Gesells Wort, daß die Währung einen Staat zusammenhält, oder daß sie ihn sprengt, je nachdem wie sie gehandhabt wird.

Der Versuch, auf Grundlage der Mehrwerttheorie Sozialismus zu gestalten, mußte scheitern, weil das kapitalistische Geldsystem beibehalten und lediglich verstaatlicht wurde. Die Perestroika mußte scheitern, weil der Umbau der Staatswirtschaft zu einer echten Marktwirtschaft als erstes den Umbau der staatskapitalistischen Geldverhältnisse zu einem reinen Tauschmittel erforderte, das nicht mehr als Machtmittel mißbraucht werden kann. Statt dessen wurde sie in den Staatswirtschaftsländern lediglich "liberalisiert", d.h. den privatkapitalistischen Praktiken mit freiem Zinsfuß und Börsen angepaßt. Die Perestroika, der Umbau, führte daher in wenigen Jahren in das privatkapitalistische System, in dem zunächst auf Kosten des Volkes und zu Nutzen alt-neuer staatskapitalischer und privatkapitalistischer Seilschaften eine Reinigungskrise zur Festigung der neuen Geldherrschaftsstrukturen einsetzt. Die politisch Verantwortlichen stehen dem entweder hilflos gegenüber, oder sie setzen sich an die Spitze der neuen Strömungen.

Die bis vor kurzem in Ost-West-Kommunismus-Kapitalismus gespaltene Welt sammelt sich auf der Grundlage des kapitalistischen Zinsgeldes in der einen Welt des Kapitalismus.

Wer danach nach neuen Wegen zur Verwirklichung des uralten Menschheitstraumes nach einer freien und gerechten Gesellschaft sucht, wird an den folgenden monetären Einsichten von Marx nicht vorbeikommen, die wir abschließend zusammenfassen und für die Entwicklung eines liberalen Sozialismus zur Diskussion stellen:

1. Geld kann durch Hortung Krisen auslösen.
2. Krisen werden dann ausgelöst, wenn der Fall der Profitrate eine profitable Verwertung des Kapitals nicht mehr gewährleistet.
3. Mittels Geldaufbewahrung ist die Schatz-Kapitalbildung möglich.
4. Geld als Kapital ist Machtmittel.

5. Im Verwertungsprozeß steht das Geldkapital vor und außerhalb des Produktionsprozesses.

6. Der Unternehmerkapitalist fungiert nur mit dem Leihkapital und muß den Zins als Teil des Profits aus dem Verwertungsprozeß herausholen und an den Finanzkapitalisten abführen.

Diese Erkenntnisse bilden die Grundlage für eine monetäre Kapitalismuserklärung. Aus ihnen ist als monetäre Überwindung des Kapitalismus = Begründung eines liberalen Sozialismus, die Forderung nach einer sozialistischen Geldordnung abzuleiten, in der Geld reines, normales Tauschmittel wird, das sich bedingungslos der Arbeit zur Verfügung stellen muß und keinen Mehrwert mehr aus der Arbeit erpressen kann.

Der Sozialist Michael Unterguggenberger führte als Bürgermeister von Wörgl/Tirol 1931 ein sozialistisches, umlaufgesichertes Geld ein. In 13 Monaten wurde die Arbeitslosigkeit um 25% gesenkt, die Stadtfinanzen saniert. Als sich 130 Gemeinden und Städte – halb Österreich – anschließen wollten, unterbanden Notenbank und Finanzkapital durch Richterspruch die Aktion.

Das Kapital setzte auf Hitler, Rüstung und Krieg und würgte diesen Versuch einer LIBERALSOZIALEN ORDNUNG ab.

Wohin rollt der Rubel?

Von Helmut Creutz

Zuviel Geld, zuwenig Waren - so sieht die Wirtschaft derzeit in der UdSSR aus. Da die Preise offiziell nicht steigen können, um das Ungleichgewicht zu beheben, bilden sich schwarze Märkte heraus. Damit treten die sozialen Unterschiede zwischen der ärmeren Mehrheit der Bevölkerung und den wenigen Begüterten um so krasser zutage. Kommt Gorbatschow an einer Währungsreform vorbei?

"Von allen Ursachen des Niedergangs von Nationen ist eine der wichtigsten die Entwertung des Geldes, die ohne Gewalttätigkeit und auf verborgenen Wegen die Staaten in den Abgrund führt." Das schrieb bereits vor knapp 500 Jahren Nikolaus Kopernikus. Und John Maynard Keynes, der bekannteste Ökonom unseres Jahrhunderts, ergänzte: "Es gibt keine spitzfindigere und tödlichere Methode, um die gesellschaftlichen Grundlagen zu zerstören, als die Vernichtung der Währung." Noch prägnanter soll es Lenin gesagt haben: "Um die bürgerliche Gesellschaft zu zerstören, muß man ihr Geldwesen ruinieren."

Lenin hat sich, wie die jüngste Geschichte zeigt, allerdings in einem Punkt geirrt: Nicht nur die bürgerlichen, auch die sozialistischen Gesellschaften gefährdet ein "ruiniertes Geldwesen". Eine Tatsache, der Gorbatschow bei seinen Reformversuchen Rechnung tragen muß.

Nicht lange nach Gorbatschows Amtsübernahme im Kreml beruhigte der von ihm eingesetzte Chef der sowjetrussischen Staatsbank, Viktor Demenzew, die Bevölkerung: Bei aller sonstigen Reformbereitschaft - eine Währungsreform sei nicht geplant! Auch das Bankgeheimnis und die Zinszahlungen für das Ersparte würden nicht angetastet. Und diese Zinsen in der UdSSR waren angesichts der über Jahrzehnte festgeschriebenen

Preise durchaus attraktiv: drei Prozent für normale Einlagen und fünf für längerfristige! Doch trotz dieser lukrativen Belohnung des Geldanlegens und trotz des zugesagten Bankgeheimnisses trauten allzu viele Bürger ihrem Staat nicht. Sie behielten ihr Ersparnis lieber zu Hause, unter der berühmten Matratze oder sonstwo.

Um die dadurch entstehenden Lücken im Bargeldumlauf zu schließen, mußte die sowjetrussische Staatsbank immer neue Rubel drucken, von den Milliarden zum Ausgleich der Etatlücken gar nicht erst zu reden. Auf diese Weise hat sich in der UdSSR ein Geldberg angesammelt, der inzwischen auf 300 Milliarden Rubel geschätzt wird.

Natürlich sagt eine solche Zahl nicht viel. Griffiger wird sie im Vergleich mit der monatlichen Endnachfrage der privaten Haushalte. Nach Angaben des Ökonomen Nikolaj Petrakow liegt diese etwa bei 30 Milliarden Rubel. Diesen Betrag errechnet auch, wer das durchschnittliche Monatseinkommen in der UdSSR vom etwa 230 Rubel mit der Zahl der Erwerbstätigen multipliziert. Einer monatlichen Endnachfrage in Höhe von 30 Milliarden Rubel steht also mit 300 Milliarden Rubel eine zehnmal größere Geldmenge gegenüber. In der Bundesrepublik lag die Geldmenge Ende 1988 mit 143 Milliarden Mark nur beim Dreifachen der monatlichen Bargeldnachfrage.

Solange der Geldüberhang in der UdSSR unter den Matratzen liegenbleibt, verursacht er keine Probleme. Sobald er aber zu dem kursierenden Geld in den Nachfragekreislauf eintritt (und dafür genügen bereits Gerüchte über Preiserhöhungen oder Geldreform), entsteht eine Übernachfrage, die auf kein entsprechendes Angebot trifft.

In einer Marktwirtschaft mündet eine solche Übernachfrage in einem inflationären Preisauftrieb. In einer Planwirtschaft dagegen, in der die meisten Preise festgeschrieben sind, bilden sich schwarze Märkte, auf denen die ausgehandelten Preise den wahren Wert der Währung erkennen lassen. Aufgrund

der niedriggehaltenen offiziellen Preise werden die staatlichen Läden leer gekauft und vor allem langlebige Güter wie Textilien, Zucker, Mehl, Waschmittel gehamstert. Die ärmere Bevölkerungsmehrheit, die ohne nennenswerte Sparrücklagen solche Hamsterzüge nicht mitmachen kann, steht dann mit ihrem Arbeitslohn vor leeren Regalen. Die schwarzen Märkte sind für sie zu teuer, und die Einführung von Bezugsscheinen und Lebensmittelkarten garantiert unter den gegebenen Verhältnissen kaum eine ausreichende Versorgung. So gehen im Donezbecken oder in Sibirien Arbeiter nicht nur auf die Straße, um wegen zu geringer Löhne und zu wenigen Grundnahrungsmitteln zu demonstrieren, sondern auch wegen fehlender Handtücher und Seife.

In solchen Engpaßsituationen verschärfen sich die sozialen Diskrepanzen zwischen der ärmeren Bevölkerungsmehrheit und den gut und übergut Verdienenden, und es ist kein Wunder, daß sich dann der Volkszorn gegen die Funktionäre richtet. Aber auch die unterschiedlichen Einkommensverhältnisse zwischen den verschiedenen Völkerschaften innerhalb der Sowjetrepublik treten stark hervor und schüren Aggressionen.

Die Regierung kann auf die gegebene Situation mit verschiedenen Strategien reagieren. Sie könnte zum Beispiel die staatlich eingefrorenen Preise der Nachfrage entsprechend anheben. Die dann eingestandene Inflation aber würde noch mehr Sowjetbürger veranlassen, ihr gehortetes Geld zu Hamsterkäufen einzusetzen, und der Prozeß würde sich beschleunigen. Damit aber fielen immer größere Teile der Bevölkerung in die Armut, und die sozialen und politischen Spannungen würden sich noch vergrößern. Auch eine Anpassung der Löhne an die Preise, wie immer wieder versucht, bringt keine wirkliche Entlastung, da das überschüssige inflationstreibende Geld nicht verschwindet, sondern allenfalls im Wert verwässert wird. Außerdem wird Gorbatschow nicht vergessen haben, wie vielen Kollegen im Ostblock solche administrativen Preiserhöhungen den Stuhl gekostet haben, man denke nur an Gomulka oder Gierek in Polen.

Ein anderer Weg aus der Misere wäre eine der Nachfrage entsprechende Ausweitung des Angebotes. Sie könnte die auf den Markt drängenden Rubel einfangen. Doch angesichts der Größenordnung des Geldüberhangs ist das illusorisch, das kann die Planwirtschaft mit ihrer unbeweglichen und verfilzten Bürokratie nicht schaffen. Selbst die erfolgreichsten westlichen Marktwirtschaften können sich nicht schnell genug anpassen, wie die immer wiederkehrenden Inflationsschübe bei uns zeigen.

Ein dritter Weg wäre der Einkauf fehlender Güter in den westlichen Industrienationen, die kaum große Schwierigkeiten hätten, die Engpässe in der UdSSR ziemlich rasch zu schließen. Aber solche Einkäufe im Westen fordern Devisen, die nur entsprechende Exportüberschüsse erwirtschaften können, das heißt entsprechende Leistungsüberschüsse. Daran aber hapert es ja gerade in der UdSSR.

Als vierter Weg böte sich der Kauf im Westen auf Kredit an, und auch das wäre für den Kapitalismus kein Problem. Im Gegenteil: Er hofft schon lange darauf, seine überquellenden Geldvermögen renditeträchtig im Osten anzulegen. Rußland und China sind die letzten großen Länder, in denen die Dollar-, DM- und Yen-Milliarden noch einigermaßen risikolos unterzubringen sind. Doch dürften die Erfahrungen anderer Ostblockstaaten Gorbatschow eine Lehre sein. Denn: "Die Schulden fressen den Sozialismus", wie Ton Veerkamp, Studentenpfarrer in Berlin, kürzlich einen Aufsatz in der Zeitschrift "Die junge Kirche" überschrieb.

Sie fressen nicht nur (und nicht nur ihn!), sondern sie zwingen die verschuldeten Länder in die Knie, auf die Knie vor ihren Geldgebern, wie das Beispiel Polen gerade zeigt. Aus dem Schuldensumpf ist ein Entkommen kaum möglich: Allenfalls mit Methoden, wie sie Rumänien in den letzten Jahren angewendet hat, unter unsagbarem Leiden der Bevölkerung.

Der einzige konstruktive Weg, der wirklich weiterhelfen könnte und der auch bei den Ursachen ansetzt, wäre eine Abschöpfung der überschüssigen Rubel der UdSSR durch eine sogenannte Währungsreform. Aber um eine wirkliche Reform der Währung oder des Geldwesens handelt es sich bei so einer Maßnahme nicht, sondern vielmehr nur um ein Abräumen des vom Staate bankrottierten Geldes und um einen Neubeginn auf alte Weise. Auf die Dauer wird jedoch wieder jene Geldversorgung hergestellt, bei der sich der Geldumlauf nicht beherrschen läßt. Doch selbst gegen einen solchen Schritt werden in der UdSSR massive Widerstände wach werden. Weniger von den Massen her, die kaum etwas auf der hohen Kante und entsprechend wenig zu verlieren haben, und die darum die eigentlichen Gewinner wären. Der Widerstand dürfte von den wohlhabenden Minderheiten ausgehen, die, nicht anders als bei uns, den größeren Einfluß auf die Entscheidungen der Regierung haben.

Gorbatschow ist sich der Fehlerquellen im Geldbereich durchaus bewußt. So sagte er in seiner großen Rede vom 25. Juni 1987 beispielsweise: "Große Aufgaben gibt es im Bereich der Geldzirkulation zu lösen. Ohne dies kann kein neuer Wirtschaftsmechanismus geschaffen werden." Und an anderer Stelle: "Hauptmangel auf diesem Gebiet ist heute die Loslösung ... der Geldmittel von der Bewegung materieller Werte und die Übersättigung der Volkswirtschaft mit Zahlungsmitteln. ... Der jetzige Rubel wird nicht seiner Rolle als aktives Mittel der finanziellen Kontrolle über die Wirtschaft gerecht."

Wenn Gorbatschow die von ihm angeführten Schwierigkeiten überwinden will, bleibt ihm nur der Weg einer Abschöpfung des Geldüberhangs. Konkret heißt das, die Regierung muß das gesamte Geld einziehen und gegen ein neues tauschen, das in seiner Menge der Leistung und dem Angebot der Volkswirtschaft entspricht. Mit durch Leistung gedecktem Geld würde auch das Erbringen von Leistung wieder interessant. Der schwarze Markt verschwände im Gleichschritt mit der Gesundung des normalen Marktes. Und allein mit einer solchen Maßnahme könnte auch

der Rubel - ein neuer Rubel - für den freien Austausch am Devisenmarkt zugelassen werden.

Sicher gehören dazu viel Mut und Kraft. Doch wenn ein Patient langsam dahinsiecht und der Tod mit jedem Tag unausweichlicher wird, ist selbst eine schmerzhaftes Gewaltkur besser als tatenlos abzuwarten.

Währungsschnitt allein reicht nicht! (Georg Otto)

Der Text zeigt: Marxisten verstehen "unmarxistische" Einsichten von Karl Marx zur Geld- und Zinstheorie nicht und führten keine Auseinandersetzung mit der liberalsozialistischen Theorie. Daher können sich die Reformer im Ostblock nicht an ihr orientieren. Eher besteht Gefahr, daß sich die Nutznießer des Staatskapitalismus durchsetzen, die als neue herrschende Klasse im Besitze der Staatsmacht sich so hohe Einkommen zustanden, daß sie im Gegensatz zur Masse der Arbeitenden durchaus Kapital ansammeln konnten.

Die eigentliche Ausbeutungsquelle, die Kapitalvermehrung durch Zins und Zinseszins wurde lediglich verstaatlicht: Fixierter Zins von 5% führt zur Vermögensverdoppelung in 14 1/2 Jahren, zur Vervierfachung in 29 Jahren usw., ohne daß die Zinsbezieher dafür einen Finger krumm machen müssen. Erarbeitet wird dieser Kapitalprofit von den im Staatskapitalismus ausgebeuteten Völkern. Hinzu kommen Spekulanten und Schieber. Ihr Weizen gedeiht im verfilzten Gestrüpp der Bürokratie besonders prächtig!

Diese Kräfte versuchen in privatkapitalistischen Banken ihre ergaunerten Millionen anzulegen (Geldwaschanlagen). Die erste Bank arbeitet bereits in Moskau. Der Arbeiterführer Lech Walesa unterstützt das offen und ruft Westbanken zu Filialgründungen in Polen auf, damit die ca. 1,5 - 5 Mrd. gehorteten Dollars und DM, die die Staatsbank und das Finanzamt scheuen, in den Kreislauf zurückkehren und die Wirtschaft ankurbeln.

Das Volk hungert - die Neokapitalisten steigen ins große Geschäft ein!

Für eine wirklich sozialistische Geldreform reicht ein Währungsschnitt nicht. Wie 1948 bei uns - H. Creutz nennt das sogenannte Währungsreformen - macht er den Weg für die Erneuerung des Kapitalismus frei. Zu einer sozialen Erneuerung im Sinne der alten Ziele der Arbeiterbewegung muß die GELDMACHT zerbrochen werden. In einer neuen Geldordnung muß GELDHORTEN unmöglich sein: Kostet horten Geld, dann verlieren die GELDHERRN ihre MACHT, den Völkern den GELDHAHN abzudrehen und nur gegen AUSBEUTUNGSZINS das Tauschmittel Geld wieder freizugeben.

DRITTER WEG FÜR DIE DDR!

(Januar 1990)

DER SOZIALISMUS WIRD FREI SEIN – ODER ER WIRD NICHT SEIN;

SCHRITTE AUS DEM STAATSKAPITALISMUS

IN DEN LIBERALSOZIALISMUS

Freiheit und soziale Gerechtigkeit waren und sind Grundanliegen für Sozialisten.

Alle Sozialisten, mit Ausnahme von Pierre Proudhon, waren überzeugt, daß Privateigentum an Produktionsmitteln und der "chaotische" Markt die Ursachen kapitalistischer Ausbeutung und Wirtschaftskrisen seien. Später wurde diese Annahme nicht mehr hinterfragt, besonders, als Karl Marx mit der Mehrwerttheorie meinte, den wissenschaftlichen Beweis dafür angetreten zu haben.

Daher konnte Karl Marx aus seinen Beobachtungen über den Kreislauf des Geldes und die Möglichkeit, diesen Kreislauf und damit den Absatz der Waren durch Festhalten von Geld zu unterbrechen und so Wirtschaftskrisen auszulösen und über mehrere solche Akte "Kapital zu akkumulieren" und als machtbildenden Schatz festzuhalten, **keine** Konsequenzen ziehen und diese Geldmacht nicht durch eine sozialistische Geldpolitik auflösen.

Er mußte vielmehr die Mehrwerttheorie "erfinden", die nicht aus seinen Überlegungen über das Geld abzuleiten ist. Nur mit dieser Theorie konnte er Privateigentum an Produktionsmitteln als Ursache der Ausbeutung "entlarven".

Die Konsequenz der Mehrwerttheorie sind Staatseigentum und Staatsplan.

In 70 Jahren Staatswirtschaft in der Sowjet-Union und in 40 Jahren Staatswirtschaft in Ost- und Mitteleuropa wurden mit diesen Mitteln die Ziele des Sozialismus nicht erreicht.

Im Gegensatz zu am Privatinteresse orientierten und durch den kapitalistischen Markt gesteuerten Wirtschaften, die mit relativ geringen

privatkapitalistischen Planungen auskommen, mußten die Staatswirtschaften umfangreiche Planungsbürokratien mit außerordentlichen Herrschaftsfunktionen aufbauen. Diese Apparate verursachen hohe Kosten, arbeiten schwerfällig und entscheiden oft falsch. Die Staatslenkung der Wirtschaft verschleudert Volksvermögen bei geringer Leistung.

Die Herrschaft des kapitalistischen Marktes und des kapitalistischen Profitinteresses wurde durch die Herrschaft der Planungsapparate ersetzt. Die geringe Leistung dieses Systems erzeugt dauernd soziale und politische Unzufriedenheit, die sich nur deshalb jahrzehntelang nicht äußern konnte, weil zusätzlich ein ebenfalls kostenträchtiger politischer Unterdrückungsapparat aufgebaut werden mußte, um politische Unzufriedenheit gewaltsam zu unterdrücken.

Daß in den sogenannten sozialistischen Ländern alles andere, nur kein Sozialismus entstand, liegt nicht daran, daß schlechte Sozialisten sozialistische Politik machten. Auch gute und bestens geschulte Wirtschaftspraktiker können mit diesen Instrumenten kaum ein besseres Ergebnis erzielen. Das staatliche Wirtschaftsprinzip hat sich als ein völlig ungeeignetes Prinzip erwiesen. Die Staatswirtschaft bricht zusammen, nicht der Sozialismus.

Außerdem wirkte das kapitalistische Zins- und Zinseszins-Prinzip, die eigentliche, von den Marxisten nicht erkannte Ausbeutungsursache weiter. Der Zins wurde lediglich verstaatlicht und die Völker doppelt - staatskapitalistisch - ausgebeutet.

In den Staaten, in denen die Führungsrolle der jeweiligen Staatsparteien, wie der SED in der DDR, beseitigt ist, ist nicht nur die Frage des politischen Mehrparteiensystems gestellt, sondern auch die Frage des Wirtschaftssystems.

Die Frage lautet: Aus dem Staatskapitalismus zurück in den Privatkapitalismus oder Entwicklung eigenständiger freiheitlich-sozialistischer Wege. Die beiden Altsysteme haben versagt. Nicht nur der Staatskapitalismus bricht zusammen, auch der Privatkapitalismus wird mit seinen hausgemachten Problemen kaum noch fertig: Seit 10 Jahren 2 Millionen Arbeitslose, fast 10 Millionen Menschen leben am gesellschaftlichen Rande, die Staatsverschuldung steigt, die Inflationsraten auch. Die Gesamtverschuldung erfordert einen

jährlichen Zinsfluß von 400-600 Milliarden aus den Taschen des schaffenden Volkes in die Taschen der Besitzenden. Vor allem beruht der Scheinwohlstand nicht nur der BRD auf einer beispiellosen Naturzerstörung und auf der Verelendung der Menschen in den Entwicklungsländern mit jährlich Millionen Verhungerten.

Die Grundlagen für die gesellschaftliche Zukunft der Völker müssen neu erarbeitet werden, wenn künftig die Ideale des Liberalismus, Freiheit und Selbstbestimmungsrecht der Menschen, und die Ideale des Sozialismus, soziale Gerechtigkeit, in einer Neuordnung eines DRITTEN WEGES zu den Altsystemen verwirklicht werden sollen. Um was es bei der Zielbeschreibung der neuen Ordnung, des LIBERALSOZIALISMUS, geht, hat der große Liberalsozialist Franz Oppenheimer beschrieben:

"Der Sozialismus ist eine wirkliche Ordnung der Gesellschaft, die in den beiden entscheidenden Punkten das Gegenteil des Kapitalismus ist: Er ist nicht Klassenstaat und er ist nicht Mehrwertpresse! Er ist nach meiner Definition der Glaube an und das Streben nach einer von allem Mehrwert, d.h. arbeitslosem Einkommen erlösten und darum klassenfreien und darum brüderlich geeinten Gesellschaft der Freien und Gleichen." [Einleitung zu "Kapitalismus, Kommunismus, Wissenschaftlicher Sozialismus", 1919]

Sind sich die meisten Sozialisten in dieser Zielbeschreibung einig, so unterscheiden sie sich sicher auch nach dem Zusammenbruch der staatssozialistisch / staatskapitalistischen Methoden in den einzuschlagenden Wegen zum Ziel.

Daß führende sozialistische Theoretiker ihre Zweifel an der Richtigkeit des von der Mehrwerttheorie gewiesenen Weges hatten, bezeugt Karl Kautsky in "Diktatur des Proletariats" [2. Auflage, S. 4, zit. nach Oppenheimer]:

"Genau genommen ist nicht der Kollektivismus unser Endziel, sondern dieses besteht in der Aufhebung jeder Art von Ausbeutung und Unterdrückung, richte sie sich gegen eine Klasse, eine Partei, ein Geschlecht, eine Rasse. Die kollektivistische Produktionsweise setzen wir uns in diesem Kampf deshalb als Ziel, weil sie bei den heute gegebenen technischen und ökonomischen Bedingungen als das einzige Mittel erscheint, unser Ziel zu erreichen.

Würde uns nachgewiesen, daß wir darin irren, daß etwa die Befreiung des Proletariats und der Menschheit überhaupt auf der Grundlage des Privateigentums an Produktionsmitteln zu erreichen sei ..., dann müßten wir den Kollektivismus über Bord werfen, ohne unser Endziel im geringsten aufzuheben. Ja, wir müßten es tun, gerade im Interesse dieses Endzieles." [Kautsky gebraucht den Begriff Kollektivismus für Staatswirtschaft, d.V.]

Diese Ausführungen zeigen Zweifel der stärksten Verfechter des Weges der Staatswirtschaft an der Richtigkeit der Konsequenzen aus der Mehrwertlehre. Selbst ein so guter Kenner der Marx-Lehren hat die Widersprüche zwischen Mehrwerttheorie, die Verstaatlichung der Wirtschaft erfordert, und der Geld- und Zinstheorie von Marx nicht erkannt. Letztere führt zu völlig anderen Konsequenzen für die politische Praxis. Gerade dieser Teil der Ökonomie von Marx hätte die Grundlage für einen auf monetären Reformen beruhenden freiheitlichen Sozialismus auch im Sinne des Kautsky-Zitats abgeben können.

Dort hat Marx nachgewiesen, daß Ausbeutung auf der Vormachtstellung des "vor und außerhalb des Produktionsprozesses" stehenden Finanzkapitals beruht, was sein großer Gegenspieler Pierre Proudhon schon immer behauptete und was der Kaufmann und Sozialreformer Silvio Gesell unabhängig von Marx [vor Erscheinen des 3. Bandes des Kapitals, Zitat, S. 387] entwickelte.

Die Geldtheorien von Proudhon, Gesell und Marx weisen den Weg zu einem Sozialismus auch mit Privateigentum an Produktionsmitteln, zu einer Marktwirtschaft ohne Kapitalismus, zu einem LIBERALSOZIALISMUS. Im Anti-Dühring hat es dann Engels klipp und klar gesagt, daß die Eigentumsform nichts mit der Ausbeutung zu tun hat, wohl aber, wer und ob jemand mit dem Gelde manipulieren kann [S. 284].

Oppenheimer schließt die Einleitung zu seinem Buch: "Klarer als Kautsky kann nicht zwischen Mitteln und Zielen unterschieden werden. [...] Das Ziel ist bezeichnet, ein Hochziel der Menschheit, die Insel der Rettung aus brandendem Meer."

Und Oppenheimer stellt die entscheidende Frage: "Wo führt der Weg zu diesem Ziel?"

In der Zeit des Umbruchs der Länder, die ihre negativen Erfahrungen mit dem Staatskapitalismus gemacht haben, gibt es Kräfte, die zurück

in die sog. Marktwirtschaft des Kapitalismus wollen, weil dieser trotz seiner Nachteile dem verstaatlichten Kapitalismus überlegen ist. Jetzt zeigt sich die Tragik des Fehlens einer liberalsozialistischen Bewegung. Sie wurde z.B. in der DDR brutal unterdrückt. Daher können die Reformkräfte dort nicht aus diesen Quellen schöpfen und fragen, was von den liberalsozialistischen Erkenntnissen für die Neuorientierung brauchbar ist.

Im Westkapitalismus wurden die Liberalsozialisten strukturell unterdrückt. Zwar können sie reden und schreiben und wandern nicht nach Bautzen oder Workuta und müssen nicht ihre Heimat verlassen, wie z.B. der Verfasser als junger Mensch 1949 die DDR, in der er nicht für seine Ziele eintreten konnte. Die großen Medien der BRD, die Universitäten sind für die Liberalsozialistische Theorie weitgehend verschlossen. Parteien, Gewerkschaften und Kirchen schweigen ebenfalls; selbst unsere progressivste Kraft, DIE GRÜNEN, die in ihrer Anfangsphase von Liberalsozialisten erheblich mitgeprägt wurden, haben sich unter der Vorherrschaft altlinker Kader seit 1980 weitgehend in diese Schweigefront gegenüber dem LIBERALSOZIALISMUS eingereiht. Das gilt aber auch für die Realos, die seit einem Jahr stärkeren Einfluß ausüben und die ihren Frieden mit dem Kapitalismus geschlossen haben [Ökokapitalismus heißt ihr Schlagwort].

Die Perspektivlosigkeit der deutschen Politik ist nicht mehr zu überbieten! Da liegt der Staatskapitalismus, der zig Mio. Menschen sinnlos geopfert hat und weitere zig Millionen psychisch und physisch deformierte, in seinen letzten Zügen und auf der anderen Seite lauert der Kapitalismus, der ebenso bedenkenlos die Menschen in zahllosen Wirtschaftskrisen um ihr bißchen Glück brachte, das ihnen vom Kapitalismus zugestanden wird, und der Millionen Menschen in zahlreichen Kriegen bedenkenlos verheizte, um die Kapitalrendite hochzuhalten. Er betäubt mit seinem auf Kosten der Umwelt und der Menschen der Dritten Welt erkaufte Scheinwohlstand die Millionen, die vom Staatskapitalismus jahrzehntelang in Unterversorgung und Unmündigkeit gehalten wurden. Wiedervereinigung = Angliederung an das kapitalistische Wirtschaftssystem heißt hier die Parole.

CDU / CSU / FDP arbeiten an der Rekapitalisierung der DDR. Die SPD kann dem keinen Widerstand entgegensetzen, ist sie doch mit dem Godesberger Programm mit der Formel der Gleichberechtigung von Kapital und Arbeit auch mit dem Kapitalismus verheiratet. Sie nimmt nur noch soziale Schönheitskorrekturen vor. Und DIE GRÜNEN haben den Antrag ihrer liberalsozialistischen Strömung, beim Ost-West Forum und

beim Forum Ökokapitalismus des Perspektivenkongresses auf dem Podium vertreten zu sein, abgelehnt. In der Ost-West-Debatte konnten sie den ökosozialen Friedensplan nicht entwickeln, sie wurden von den Meinungsmanipulatoren der Partei ausgegrenzt und nur in der Debatte über Ökokapitalismus konnten sie per Geschäftsordnungsantrag Rederecht erkämpfen und ihre Alternative zu beiden Altsystemen wenigstens 5 Minuten kurz darstellen. Die Partei ist in der Systemfrage und in der aktuellen deutschlandpolitischen Debatte ohne echte Perspektive. Dem Wiedervereinigungsgerede konnte sie nur leere Kritik, aber kein positives, mitreißendes Programm entgegensetzen.

In der DDR - ähnlich gilt das für andere Ostblockstaaten - ist nach dem Sturz des politischen Machtapparates des Staatskapitalismus nur die politische Neuordnung in etwa festgelegt: Rechtsstaatlichkeit, Menschen- und Bürgerrechte, politische Mitwirkung des Volkes über mehrere Parteien und freie Wahlen. Die politischen Kräfte dieser Länder wären gut beraten, ein auch für den Westen vorbildliches Wahlsystem ohne 5% Klauseln und das direkte Mitentscheidungsrecht der Bürger durch Bürger- und Volksentscheide in ihren neuen Verfassungen zu verankern.

Die Debatte um die entscheidende Grundlage auch der politischen Freiheiten, nämlich um die Neuordnung der Wirtschaft, ist meist noch nicht eröffnet worden. Dabei kommt es in den kommenden Monaten entscheidend darauf an, daß die notwendige wirtschaftliche Hilfe nicht mit Rekapitalisierung erkaufte wird. Dabei muß, wie es erfreulicherweise die grüne Vorstandssprecherin Ruth Hammerbacher beim Perspektivenkongreß getan hat, klar zwischen Marktwirtschaft und Kapitalismus unterschieden werden. Wie diese Neuordnung in etwa gestaltet werden könnte, wird nachfolgend aus liberalsozialistischer Sicht kurz skizziert.

1. In der Bundesrepublik treten die LIBERALSOZIALISTEN für einen ökosozialen Friedensplan von jährlich 20 Mrd. DM aus dem Rüstungs- etat ein, mit dem entscheidende Versorgungsengpässe in den bisher staatskapitalistischen Ländern noch in diesem Winter abgebaut, ökologische Katastrophenlagen schnell überwunden und notwendige Modernisierungen der Wirtschaft vorangetrieben können. So würden die politischen Reformsysteme stabilisiert und den Altstalinisten der Wind aus den Segeln genommen. Bis zum Jahr 2000 sollte die Bundeswehr aufgelöst sein. Das ermöglichte der DDR auch eine radikale Abrüstung.

2. Ohne Gesundung der Währung ist auf Dauer in keinem dieser

Länder eine Gesundung der Wirtschaft möglich. Ohne Währungsreform entfaltet sich z.B. in Polen die Inflation offen, in der SU wird sie weiter durch Preispolitik gestaut und auf die Schwarzmärkte abgeleitet. Beides führt zur weiteren sozialen Zersetzung in Arm und Reich. Inwieweit dabei schrittweise vorgegangen werden kann, z.B. durch zeitweiliges Blockieren von Geld und Sparguthaben oder ob ein Sprung ins kalte Wasser – radikales Zurückschneiden der überhöhten Geldmengen – vorzuziehen ist, muß diskutiert werden. [Einzelheiten hat Tristan Abromeit ausgearbeitet: "Darauf kommt es an – Gedanken eines Bürgers der Mängeldemokratie BRD für Bürger der Entwicklungdemokratie DDR"]

3. Eine reine Geldmengenreduzierung ändert am kapitalistischen Geldrecht, das im sog. Sozialismus nur verstaatlicht wurde, nichts. Wenn in der Sowjet-Union jahrzehntelang der Zins bei 5% fixiert wurde, so heißt das: Die Inhaber der politischen und wirtschaftlichen Kommandostellen, die sich selbst höhere Löhne zudiktieren, bilden daraus Kapital und verleihen es über die Staatsbank zu 5%. Dabei verdoppelt sich jedes Vermögen in 14 1/2 Jahren, es vervierfacht sich in 29 Jahren usw. Wie es Engels im "Anti-Dühring" voraussagte, entwickelt sich so trotz Verstaatlichung der Fabriken die neue staatskapitalistische Klasse. Die Macht des Geldes ist nunmal stärker als Eigentumsformen. Die entscheidende Frage ist:

Anerkennung der Geldmacht oder ihre Auflösung durch ein neues GELDRECHT, das jede Hortung von Geld unmöglich macht, z.B. durch Besteuerung von Geldhortung. Weichen die Reformkräfte dieser Frage aus, so landen sie in Kürze in privatkapitalistischen Verhältnissen. Sie würden nur die Ausbeuter und Herrscher wechseln: Anstelle staatskapitalistischer Politbüros herrschen dann die Chefetagen der Großbanken und Großkonzerne.

4. Der Boden sollte weiter Gemeinschaftseigentum bleiben. Aber er sollte im Wettbewerb frei verpachtet werden an Private, an Kollektive (bisherige Produktionsgenossenschaften), an neue freie Vereinigungen. Der Bodenzins (Pacht) ist eine Einnahme aller.

5. Im Handel, Handwerk (Dienstleistungen), im Kleingewerbe und in der Landwirtschaft sind Privatwirtschaften zu ermöglichen.

6. In der Industrie sind die großen Kombinate in überschaubare, dezentrale Einheiten mit Arbeiterselbstverwaltung umzubilden. Beteiligungen aus dem Westen sind an soziale und ökologische Vorgaben zu binden. Zur Stärkung des Eigeninteresses am Betrieb ist ein Teil der

Gewinne in Belegschaftsbeteiligungen, ein anderer Teil in einen Ausgleichsfonds zugunsten der Bürger zu vergeben, die nicht in solchen Betrieben arbeiten können.

7. In von unten gewählten Sozial-, Wirtschafts- und Umwelträten in Kreisen, Bezirken und Gesamt-DDR wirken Vertreter der sozialen, wirtschaftlichen und Umweltgruppen an einer dezentralen Umstrukturierung der Wirtschaft mit Vertretern der jeweiligen Verwaltungen zusammen und legen in ökosozialen Rahmenordnungen die Grunddaten für eine ökologische und soziale Entwicklung der Regionen fest. Innerhalb dieser Rahmenordnung entwickelt sich die Wirtschaft marktwirtschaftlich.

8. In der Gesamtwirtschaft gelten Umwelt-, Sozial- und Gesundheitsverträglichkeitsverordnungen, denen Produktion, aber auch Verwaltungs- und Staatshandeln unterworfen werden.

Diese Grundmerkmale eines DRITTEN WEGES, einer ausbeutungs- und herrschaftsfreien Ordnung stellen wir für Ost und West zur Diskussion. Bei der wirtschaftlichen Neuordnung ist der Vorrang der Arbeit und der Natur vor dem Kapital durchzusetzen. Kapital darf künftig nicht mehr herrschen, es muß dem Menschen dienen.

Georg Otto

Weiterverbreitung durch Druck, Kopieren, Übersetzen in andere Sprachen ist im Ringen um Freiheit und Gerechtigkeit notwendig und erwünscht.
Weitere Informationen bei Georg Otto, 31079 Eberholzen, Tel. 05065/8132

Zur Person des Verfassers

Als 17-jähriger erlebte der Verfasser den Zusammenbruch des Faschismus. In Sommer 1945 konnte er sich von der faschistischen Ideologie freimachen. Die Freiheitsziele des Liberalismus wurden politische Leitziele, für die er aktiv in der LDPD – Liberal-demokratischen Partei Deutschlands eintrat. Sie wurden um die Grundwerte des Liberalsozialismus erweitert. Seine politische Arbeit fand ab 1947 unter Überwachung durch den Geheimdienst der Besatzungsmacht statt, was Anfang 1949 das Verlassen der sächsischen Heimat erforderte.

An der Freien Universität Westberlin gründete er mit Freunden die Liberalsoziale Hochschulgruppe. Nach der Wahl der Regierung Brandt-Scheel trat er, inzw. Gymnasiallehrer in Hildesheim, der SPD mit dem Ziel bei, dem Scheitern dieser Regierung, die mit dem Anspruch der "Inneren Reformen" eine Wende einleiten wollte, zu begegnen. Seine damaligen Diskussionen trugen den Titel: **"Wird auch die Regierung Brandt-Scheel an der Währungsfrage scheitern?"** Zusammen mit dem Widerstand gegen die Atomenergiepolitik der SPD führte dies 1977 zur Bildung der GLU – GRÜNE LISTE UMWELTSCHUTZ aus dem liberalsozialen Arbeitskreis, zunächst zur Kreistagswahl Hildesheim und 1978 zur Landtagswahl Niedersachsen.

Als Vorsitzender der GLU wirkte er an der Einigung der ökologischen Kräfte zur Europawahl 1979 und an der Bildung der Bundespartei DIE GRÜNEN mit. Durch das Eindringen altmarxistischer Gruppen in die grüne Partei wurden die Liberalsozialisten an den Rand der Partei gedrängt. Erst die Überwindung dieser Vorherrschaft durch den GRÜNEN AUFBRUCH 1987/88, der von den Liberalsozialen unterstützt wurde, errang die Strömung selbst freiere Arbeitsmöglichkeiten. Das steigerte sich durch die WENDE in der DDR, die es Georg Otto nach 40 Jahren ermöglichte, liberalsoziale Positionen f r e i in der DDR zu vertreten. Mit der Annahme liberalsozialistischer Forderungen zur Zins-, Geld- und Bodenpolitik durch die GRÜNEN in Sachsen-Anhalt im Sommer 1991 nehmen die Liberalsozialisten gestärkt den Kampf um die Durchsetzung einer ALTERNATIVE zu Bonn für das Wahlprogramm von BÜNDNIS 90 / GRÜNE für 1994 auf.

Weitere Informationen zum Thema:

- Georg Otto (1995):
Führt der "Dritte Weg" der PDS in den demokratischen Sozialismus oder in einen Sozialkapitalismus?
ca. 50 Seiten DIN A5
- Georg Otto (1991):
**Warum der Marxismus scheitern mußte
Widersprüche zwischen Marx' Mehrwerttheorie – als Grundlage der
realsozialistischen Versuche – und Marx' Geldtheorie – als Basis für
einen Sozialismus in Freiheit?**
ca. 50 Seiten DIN A5
- Karl Walker (1970): **Überlegungen zur Werttheorie**
ca. 30 Seiten DIN A6

Die beiden **Schriften von G. Otto** sind **kostenlos als pdf** erhältlich: Download unter www.geldreform.de (Tip: umfangreiche Literatursammlung zum Thema) oder anfordern per mail (siehe unten).

Preise für Printversionen (jeweils incl. Porto gegen Vorab-Überweisung):

Texte von G. Otto: jeweils € 4,- ; Text von K. Walker: € 2,50.

Alle drei Texte zusammen € 8,50.

Mengenrabatt ab 7 Exemplare (gemischt im vom Besteller angegebenen Verhältnis): je € 3,- für die Schriften von G. Otto und € 2,- für die Schrift von K. Walker.

A3W gibt vierteljährlich **die Zeitschrift "ALTERNATIVEN"** heraus, in der Fragen eines LIBERALSOZIALISMUS behandelt und diskutiert werden.

Probeexemplare können gegen je Euro 3,- (Porto incl.) angefordert werden.

Die Abo-Höhe zu ALTERNATIVEN und den Beitrag zur Bürgerinitiative A3W - ALTERNATIVE DRITTER WEG legt jede/r selbst fest.

Wer Interesse hat, sich am **Arbeitskreis LIBERALSOZIALISMUS** zu beteiligen, kann bisherige Papiere des Arbeitskreises anfordern:

- kostenlos als Datei per mail oder
- gegen € 2,- als Papiere per Post (Porto incl.)

Bestellungen bei:

Liberalsoziales Büro, 31079 Eberholzen, Gänseberg 11, Tel.: 05065/8132,
Mail: alternative-dritter-weg@t-online.de

Vorab-Überweisung auf Sonderkonto G. Otto, Kto.: 25 00 42 303 bei Postbank Hannover, BLZ: 250 100 30